

Der folgende Beitrag wurde erstmals publiziert  
als gemeinsamer Schlußbeitrag des ARL Arbeitskreises in:

**D. Henckel/M. Eberling (Hrsg.)**

**Raumzeitpolitik**

Opladen 2002, Verlag Leske + Budrich

und bildet bei der CORP2003 die Grundlage des Vortrages von

**Prof. Dr. Dietrich HENCKEL**

*DIFU – Deutsches Institut für Urbanistik, Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen  
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin*

## **Überlegungen zu einer Raumzeitpolitik**

*ARL Arbeitskreis*

### **1 SELBSTVERSTÄNDNIS DES ARBEITSKREISES**

Die in diesem Band versammelten Beiträge spiegeln die unterschiedliche Zusammensetzung des Arbeitskreises wider, in den die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) Vertreter verschiedener Disziplinen berufen hatte. Die damit einhergehenden unterschiedlichen „Denkstile“ umfassen ein breites Spektrum thematischer Zugänge zur Raumzeitpolitik. Sie sind – um einige Beispiele zu nennen – künstlerisch-ästhetisch angelegt, sind lebensweltlich oder systemisch-theoretisch konzipiert, fordern das Recht auf Subjektivität ein, sind szenarisch oder kommunalpolitisch-praktisch orientiert.

Sowohl in den einzelnen Beiträgen wie in der gemeinsamen Diskussion wurde Raumzeitpolitik unter den sich komplementär ergänzenden Zugriffen der systemischen und der lebensweltlichen Perspektive betrachtet und bewertet. Der systemische Zugriff umfasste im wesentlichen die ökonomischen, infrastrukturellen und politisch-institutionellen Regulationsebenen. Im lebensweltlichen Zugang stehen die Begriffe des Generationen- und Geschlechterverhältnisses sowie Formen des Lebens und Arbeitens in unterschiedlichen Alltagskonzeptionen im Vordergrund. Beide Referenzsysteme wurden in der Diskussion in unterschiedlichen Facetten entfaltet und zueinander in Beziehung gesetzt. Dabei interessierte vor allem die Frage, inwieweit „Systeme lebbar“ und „Lebenswelten systemisch organisierbar“ seien. Dabei sichtbar und wirksam werdende Widersprüche bilden den „Stoff“ für politische Handlungsperspektiven und neue wissenschaftliche Fragestellungen.

Eine Vielfalt von Denkstilen impliziert notwendigerweise unterschiedliche Wertmaßstäbe. Der Arbeitskreis hat versucht, eingeschliffene disziplinäre Argumentations- und Bewertungsmuster systematisch in Frage zu stellen. Raumzeitpolitik kam insofern unter verschiedenen Perspektiven zur Sprache, die sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern die vielschichtigen Facetten dieses Gegenstandes einbeziehen. Dies erforderte eine mehrdimensionale (politische, ökologische und kulturelle) Bewertung, die durchaus ambivalent ausfallen kann: Was von dem einen Standpunkt aus als negativ oder problematisch zu bewerten ist, kann von dem anderen Standpunkt aus durchaus positive bzw. entwicklungsfähige Seiten haben.

Die Bewertung raumzeitlicher Handlungsstrategien in systemischen und lebensweltlichen Kontexten hat sich quer zu den genannten Maßstäben bewegt: zwischen einer Kritik von optioneinschränkenden Strategien (zugunsten von ökologisch vernünftigen, strukturell entlastenden Praktiken) einerseits und einer Kritik optionserweiternder Strategien zur Förderung von Kontaktchancen und weiterer raumfunktionaler Arbeitsteilung und Produktivität andererseits. In dem einen Fall wurde die Verminderung von Chancen, in dem anderen Fall die Gefahr eines „Optionenmissbrauchs“ im Sinne eines ökologisch schädlichen und das Alltagsleben zersplitternden Verhaltens kritisiert.

In der Ambivalenz der verschiedenen Optionen von Raumzeitpolitik zeigt sich insgesamt eine skeptische Haltung gegenüber einer unkritischen Ausweitung von Handlungsoptionen. Die skizzierten Bewertungsfragen sind allerdings vorläufig nicht ohne weiteres zu beantworten. Der Arbeitskreis hatte vielmehr den Auftrag, die Beeinflussung der Raumstrukturen durch sich verändernde Zeitstrukturen sowie die Beeinflussung der Zeitstrukturen durch sich wandelnde Raumstrukturen zu bearbeiten. Traditierte wissenschaftliche und politische Diskurse sind durch eine je spezifische Konzentration auf Raum *oder* Zeit unter Vernachlässigung ihrer jeweiligen Wechselbeziehung gekennzeichnet. Daraus entstand zunächst der Ansatz, Zeit nicht ohne Raum und Raum nicht ohne die Zeit zu denken.

## 2 ERKENNTNISSE AUS DEN EINZELBEITRÄGEN – BEFUNDE, BEWERTUNGEN, KONSEQUENZEN

### 2.1 Erträge der gemeinsamen Arbeit

Im Folgenden werden die für den Band zentralen Schlussfolgerungen aus den Beiträgen zusammengefasst, ohne die in der Einleitung wiedergegebenen Kurzzusammenfassungen zu wiederholen. Wir beschränken uns auf die Erträge, die im Gesamtkontext des Bandes aus je unterschiedlicher Perspektive Wirkung entfalten.

#### *Fragen und neue Zugänge*

Die Beiträge von Mayr, Franck und Breckner/Sturm problematisieren unser eingeschliffenes alltägliches Raum- und Zeitverständnis und die darin herrschend gewordene Raum-Zeit-Rationalität unserer okzidentalischen Gesellschaften. Dieses Raum-Zeit-Verständnis ist von Linearität und Instrumentalität geprägt und weist damit Tendenzen einer nicht-nachhaltigen Umgangsweise (Beschleunigung, Ent-Sozialisierung) auf. Dies wird in unterschiedlicher Weise belegt. Der Beitrag von Franck arbeitet theoretisch die immanenten Widersprüchlichkeiten und Unzulänglichkeiten des eingeschliffenen Raum-Zeit-Verständnisses heraus. Demgegenüber „verfremden“ die Beiträge von Mayr und Breckner/Sturm dieses Verständnis, indem sie es mit einem Kontrastmittel versehen – im Falle von Mayr wird das lineare Zeitverständnis mit dem künstlerischen Medium konfrontiert; im Falle von Breckner/Sturm werden die Raum-Zeit-Verständnisse bezogen auf den Lebenszusammenhang der beiden Geschlechter differenziert.

Es entsteht das Bild einer Raum-Zeit-Prägung, die ganz und gar nicht naturhaft und selbstverständlich, vielmehr maßgeblich durch vielfache soziale Konstruktionen und Herrschaftsverhältnisse beeinflusst ist.

#### *Veränderte Raumstrukturen*

Was die Raumnutzung angeht, bringen auch die Beiträge von Franck/Wegener, Wegener, Hesse und Stiens deutlich zum Ausdruck, dass die Raum-Zeit-Prägung durch soziale Konstruktionen und durch bestimmte Herrschaftsverhältnisse geprägt sind. Wie die Entwicklung von Gesellschaft überhaupt, so sind auch zeitliche und räumliche Organisation der Gesellschaft in der näheren Vergangenheit und der Gegenwart durch eine generelle Beschleunigung und Flexibilisierung gekennzeichnet. Die Veränderung der Raum-Zeit-Strukturen, die im großen räumlichen Maßstab vor sich gehen, sind politisch primär aus der Systemwelt heraus bewirkt und erst sekundär durch – darüber hinausgehende oder entgegengesetzte – Bewegungen aus dem Verhalten vieler in der Lebenswelt.

Nicht nur viele politische Bereiche, sondern auch die wissenschaftlichen Disziplinen sind bisher nur unzulänglich auf diese Raumveränderungen vorbereitet. Die vier Beiträge zur großräumigen Raumnutzung geben Auskünfte über diese Zusammenhänge. Es herrscht Konsens darüber, dass die Entwicklung der räumlichen – oder raum-zeitlichen – Organisation der Gesellschaft nicht nur als die einzig mögliche Trendentwicklung bzw. als unbeeinflussbarer Selbstläufer anzusehen ist, sondern als offen für alternative Machtkonstellationen und Beschleunigungsoptionen.

Diese Beiträge haben außerdem das in den Szenarien von Stiens zusammengeführte Verdienst, aufzuzeigen, dass die Defizite bei der Beherrschung der Beschleunigung nicht erst bei den einschlägigen Politiken auszumachen sind, sondern schon im analytischen Bereich. Nach wie vor dominieren aus den Erfahrungen der fernerer Vergangenheit her determinierte Raumperzeptionen und -konzepte, die immer noch auf Gleichgewichtsvorstellungen beruhen. Neue Ansätze zur Erhebung der tatsächlichen Dynamik raumzeitlicher Veränderungen der räumlichen Organisation der Gesellschaft könnten dazu beigetragen, den bisherigen eher eindimensionalen Blick von Raumplanung und Raumwissenschaft zu weiten und die verengten traditionellen Politikkonzepte etwas ausdifferenzieren.

#### *Veränderte Zeitstrukturen*

Die Beiträge von Eberling, Henckel und Mückenberger lassen folgern, dass die jüngsten Entwicklungen der Strukturierung von Zeit und des Umgangs mit Zeit neuartige Handlungs- und Politikerfordernisse begründen. Eberling belegt, dass die Gesellschaft vor einer Alternative zwischen der Dominanz fremdbestimmter Beschleunigung und dem Ausbau individueller und kollektiver Options- und Gestaltungsspielräume steht. Hinsichtlich dieser Alternative wird ein neuartiger politischer Entscheidungsprozess notwendig – und in der einen oder anderen Form auch stattfinden. Mit den Kategorien des „Zeitwohlstandes“ und der „Zeitverteilungsgerechtigkeit“ steuert Henckel einen normativen Maßstab bei, der zur Konturierung und Legitimierung solcher Politiken taugt – oder doch zumindest tauglich gemacht werden könnte. Bei Mückenberger zeichnet sich ein Modus für die Ausgestaltung solcher Politiken ab – er ist gekennzeichnet durch eine doppelte Verbindung: zwischen zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlich/staatlichen Akteuren (public – private) einerseits, zwischen zentralen und dezentralen Entscheidungsebenen (global – local) andererseits.

„Zeitpolitik“ wird in diesen Beiträgen nicht als isoliert von Raum und Raumpolitik verstanden. Mit der Betonung der Zeitlichkeit gesellschaftlicher Prozesse steht sie gleichwohl in diesen Beiträgen exemplarisch für die Gestaltung eines neuen Zeit-Raum-Verständnisses mit veränderten Problemkonfigurationen, Akteurskonstellationen und politischen Programmierungs-, Entscheidungs- und Implementationsprozessen.

#### *Zeit und Raum in der Lebenswelt*

Wie die Beiträge von Zeiher und Sieverts noch einmal aufzeigen, ist die Lebenswelt ebenfalls stark und in zunehmendem Maße davon geprägt, dass die Zeitbudgets von Individuen und von Haushalten infolge stark veränderter Rahmenbedingungen disponibel werden. Mit der Beschleunigung und Flexibilisierung von Zeiten und der – vor allem anderen – damit ausgelösten Erhöhung der Zahl der Veränderungstatbestände in den lokalen und regionalen räumlichen Strukturen gehen darüber hinaus auch zeit- und raumbezogene Umverteilungen in der Lebenswelt einher, einerseits zu Gunsten, andererseits zu Lasten bestimmter Gruppen von Privathaushalten. So werden die zeitlichen und räumlichen Bindungen von Individuen und Haushalten zunehmend aufgehoben bzw. unterliegen sie – durch neue Ansprüche an das Wohnfeld – starken Veränderungen. Stadtplanung etwa ist, wie in beiden Beiträgen deutlich wird, noch nicht darauf eingestellt, den neuen Anforderungen, die sich zwischenzeitlich ausdifferenziert haben, zu entsprechen und neue Formen der Integration stadträumlicher Funktionen anzubieten. Im Gegenteil: So werden etwa für die Kinder

in den Städten Zeit und Raum immer noch oder gar zunehmend über deren Köpfe hinweg gedacht, verhandelt und gestaltet, werden Kinderzeiten ohne Beteiligung von Kindern bestimmt und immer mehr durch gesichtslose, systemische Zwänge gestaltet.

Neben diesen Feststellungen ist es die Absicht der Beiträge von Zeiher und Sieverts, aufzuzeigen, dass in der Lebenswelt auch unter den veränderten Bedingungen noch Raum und Zeit für eigenbestimmtes Gestalten und Erleben – wenngleich keinesfalls ungefährdet – ermöglicht werden kann.

#### *Fazit*

In ihrer Gesamtheit zeigen die Beiträge dieses Bandes, dass die Raum-Zeit-Verhältnisse der okzidentalischen Gesellschaften in einem signifikanten Umbruch begriffen sind, der überaus ambivalente und dabei durchaus auch dissozialisierende Wirkungen erzeugt. Daraus ergibt sich ein offensichtlicher Analyse- und Gestaltungsbedarf, der dabei aber kaum mehr eindeutige normative Beurteilungsmuster zulässt und mit den herkömmlichen Politikmustern nicht mehr zulänglich zu bewältigen ist. Gerade deshalb werden der Wissenschaft neue kategoriale und synthetische Leistungen abverlangt.

## **2.2 Grundprobleme und Paradoxien**

Als Ertrag lassen sich grundsätzliche Probleme und Paradoxien formulieren, die in den Diskussionen des Arbeitskreises und den vorliegenden Beiträgen nicht aufgelöst werden konnten.

### *Grundprobleme*

Ein wesentliches Grundproblem ist sicherlich der Widerspruch zwischen System und Lebenswelt. Was auf individueller Ebene konstruktiv sein kann, beispielsweise die erhöhte Optionalität durch Mobilität, ist auf kollektiver Ebene destruktiv. Der Widerspruch besteht im Umstand, dass die individuelle Rationalität in der aggregierten Form des kollektiven Handelns irrational und dysfunktional wird. Dieser Widerspruch wird auch im Umgang mit Ressourcen wie Energie oder Raum deutlich: Um Zeit zu „sparen“, also um Prozesse zu beschleunigen, opfern wir in zunehmendem Maße Bestände, deren Ersatz spätere Generationen beschäftigen (und Zeit „kosten“) wird. Auf der individuellen Ebene ist die Ambivalenz von optionseröffnender Zeitersparnis und damit verbundenem Zeitdruck bzw. Stress der Verwirklichung von Optionen (und der Auswahl aus einer wachsenden Zahl von Optionen) ein bekanntes Phänomen. Auf systemischer Ebene führt diese Entwicklung dazu, dass die Gesellschaft ihre gemeinsamen Ziele – wie beispielsweise Nachhaltigkeit – nicht erreicht.

Dieses Grundproblem hat – wiederum auf systemischer Ebene – zwei Ursachen: Zum einen diskontieren wir auf systemischer Ebene falsch, der Zeithorizont politischer, technischer und ökonomischer Entscheidungen verkürzt sich permanent, während sich die Folgewirkungen von Entscheidungen in ihrer zeitlichen Ausdehnung erweitern (Beispiele: Atomenergie, Gentechnologie). Zum anderen nimmt offensichtlich die Steuerungsfähigkeit ab, politische, technische und ökonomische Entscheidungen führen nicht zu den gewünschten Zielen oder haben unbeabsichtigte Nebenfolgen, die weiterbearbeitet werden müssen und möglicherweise Handlungsspielräume einschränken. So haben beispielsweise – neben dem medizinischen Fortschritt, neuen Verhütungstechniken und der staatlichen Altersvorsorge – die erhöhte Frauenerwerbstätigkeit (bei weitgehend unveränderter geschlechtlicher Arbeitsteilung) und die Übertragung männlicher Karrieremodelle auf die gesamte Arbeitswelt dazu beigetragen, dass unsere Gesellschaft zu wenig Kinder und zu viele Alte hervorbringt und die Zukunft des Sozialstaats gefährdet erscheint.

Damit verbundene Schwierigkeiten werden privatisiert und treten dem Einzelnen als alltägliche Anforderung entgegen: Statt in tradierte Rhythmen und kollektive Abläufe eingebettet zu sein, wird das Individuum zum aktiven Manager seiner selbst, seiner mit wachsender Eigenverantwortung verbundenen Arbeit, seiner sozialen Beziehungen, seiner Arbeits-, Reproduktions-, Sozial- und Freizeit. Die Entscheidung etwa gegen die geforderte Mobilität und Geschwindigkeit trifft das Individuum alleine, es trägt jedoch auch ebenso alleine die Verantwortung in Form entgangener Optionen, Karrierechancen usw. Erfolg oder Misserfolg beruflicher und sozialer Synchronisation bzw. Raumnutzung bleiben dem Einzelnen überlassen und hängen vom Grad seiner Anpassungsfähigkeit und seines Anpassungswillens ab. Als Konsequenz des beschriebenen Problems bzw. Widerspruchs wäre eine – individuelle und kollektive – Reflexion der Raum-Zeit-Verhältnisse sinnvoll, wie wir sie im Abschnitt 2.5 vorschlagen wollen.

### *Paradoxien*

Zu den *Paradoxien* gehört sicherlich die verschwommene Grenze zwischen Tätern und Opfern der beschriebenen Grundproblematik. Mit individuell unterschiedlichen Anteilen sind wir alle Täter und Opfer, wenn wir beispielsweise eine Erweiterung von Ladenöffnungszeiten oder Servicezeiten fordern und uns im Beruf mit erweiterten Arbeits- und Betriebszeiten und erhöhten Kundenansprüchen konfrontiert sehen, wenn wir uns Schnellstraßen zu Naturschutzgebieten wünschen und zugleich die Asphaltierung der Landschaft beklagen usw. Auf individueller Ebene lässt sich somit eine Asymmetrie von Beteiligung und Betroffenheit feststellen. Dies macht Fragen der Verteilungsgerechtigkeit schwieriger, obwohl sie zugleich doch drängender sind als zuvor.

Die bereits konstatierte Kurzsichtigkeit von Entscheidungen ist kaum überwindbar, da wir als Organismen mit begrenzter Lebenszeit und Wahrnehmungskapazität dazu gezwungen sind, die Zeit „perspektivisch wie eine Landschaft“ (Hans Henny Jahnn) zu sehen. Das – zeitlich und räumlich – Nahliegende wird zuerst entschieden bzw. als Problem bearbeitet, Luhmann spricht von der „Vordringlichkeit des Befristeten“. Und diese Verkürzung des Raum- und Zeithorizonts ist gerade in Zeiten beschleunigter Entwicklungsprozesse (Globalisierung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, „dritte technologische Revolution“) angesichts ungewisser Zukunftsaussichten nicht ohne weiteres veränderbar.

## **2.3 Über Veränderungen in der Zeitorganisation und ihre Auswirkungen**

Vor dem Hintergrund der genannten Erträge und Probleme sollen an dieser Stelle die Wirkungen der zeitlichen und räumlichen Veränderungen und unsere diesbezüglichen Einschätzungen systematisiert werden. Zunächst soll es hierbei darum gehen, welcher Umgang mit Zeit für angemessen und wünschenswert zu halten ist. Die Aussagen beziehen sich darauf,

- was unter Zeitwohlstand und zeitbezogener Verteilungsgerechtigkeit zu verstehen ist,
- welche Rolle die Rhythmen und Eigenzeiten spielen sollten,
- wie Zeitkonflikte erkannt und gelöst werden können.

#### *Zeitwohlstand und zeitbezogene Verteilungsgerechtigkeit*

Mit der gesellschaftlichen Veränderung und mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel sind erhebliche Umverteilungen von Zeiten verbunden. Die Bewertung dieser Umverteilungen und die daraus zu ziehenden politischen Schlussfolgerungen werfen aber eine Vielzahl von Fragen auf, die sich vor allem zwei Begriffen zuordnen lassen: Zeitwohlstand und Zeit- bzw. Verteilungsgerechtigkeit:

- Zwar hat eine Debatte über Zeit- im Vergleich zu Güterwohlstand begonnen (vgl. die Beiträge in Rinderspacher 2002), doch sind bisher nur erste Ansätze einer Abgrenzung zwischen den beiden Wohlstandskategorien erkennbar. Zur Kategorie des zeitlichen Wohlstands werden sicher folgende Teilbereiche gerechnet werden müssen: ausreichende individuelle Zeitressourcen; eine gewisse Stabilität sozialer Rhythmen; die Existenz und Stabilität von kollektiven Zeitinstitutionen; ein gewisses Maß an Zeitautonomie – als Selbstbestimmung über eigene Zeitverwendungen; eine gewisse Zeitienvielfalt (im Gegensatz zur zeitlichen Monostruktur).
- Implizit setzen Vorstellungen von Zeitwohlstand oder etwa eine Konzeption eines „Zeitwohlstands für alle“ auch eine Mindest- oder Angemessenheitsvorstellung, also eine Gerechtigkeitsvorstellung, voraus. Was würde aber – im Vergleich mit „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Raum“ in der raumbezogenen Politik – eine „zeitliche Gleichwertigkeit“ bedeuten? Es wäre sicher nicht eine zeitliche Homogenität und Gleichheit gemeint. Eine Minimalformulierung könnte sein, dass zeitliche Chancengleichheit gewährleistet sein müsste: als Verfügbarkeit von Zeitressourcen, von Handlungsoptionen und als Zeitautonomie (z. B. als Zeitsouveränität bei der Gestaltung der eigenen Arbeitszeit).

#### *Rhythmen und Eigenzeiten*

Mit der Beschleunigung, der Flexibilisierung von Zeiten oder der Auflösung kollektiver Rhythmen und der zeitbezogenen Umverteilungen gehen erhebliche Auswirkungen einher, die (auch vom Arbeitskreis) als ungünstig für die privaten Haushalte eingeschätzt werden:

- Die Ausdehnung und *Flexibilisierung* von Arbeits- und Betriebszeiten in vielen Bereichen sind deshalb kritisch einzuschätzen, weil damit auch der Druck auf die Ausdehnung und/oder Flexibilisierung der Zeiten in anderen Bereichen steigt, wie etwa ein Blick auf Kindergartenöffnungszeiten oder die Angebotszeiten des öffentlichen Dienstes usw. zeigt.
- Die Auflösung *kollektiver Rhythmen* ist kritisch zu beurteilen, u. a. weil sie zu einer Zunahme von Koordinations- und Abstimmungsnotwendigkeiten führt. Man kann sich immer weniger auf ein Gerüst gemeinsamer Zeiten verlassen; die Herstellung von gemeinsamer Zeit wird also individualisiert, sie wird komplexer und voraussetzungsvoller. Auch im Sinne einer ökonomischen Effizienz der Gesellschaft müssen die Transaktionskosten unterschiedlicher Zeitordnungen miteinander verglichen werden.
- Die *Folgen zeitlicher Umverteilung* sind häufig nicht direkt – der Herkunft nach – zuzuordnen und werden dann zumeist in Form von Forderungen erhoben, die sich an andere Fach- bzw. Ausgleichspolitiken – wie die Gleichstellungspolitik, Familienpolitik, Steuerpolitik, Infrastrukturpolitik u. a. m. – richten, was u. a. deshalb kritisch zu bewerten ist, weil bewusste Entscheidungen und politische Auseinandersetzung erschwert wird.

Vor allem werden Form und Ausmaß der „*Individualisierung*“ der Zeit und deren Wirkungen vom Arbeitskreis – ungeachtet der Tatsache, dass die Individualisierung auch emanzipatorische Potenziale mit sich bringt – skeptisch beurteilt:

- Wo es nicht gelingt, das System der Termine und Fristen, der Zeitplanung schlechthin, auf den Lebensalltag, auf die Familie, den Freundeskreis oder den Bereich des gesellschaftlichen Engagements zu übertragen, zerfallen Familien, Gruppen oder Vereine. Singles, Alleinerziehende und Familien kommunizieren immer häufiger nur mehr über Mobiltelefone oder Pinnwände miteinander.
- Wenn mit der Individualisierung der Zeit auch typische Aktivitätsmuster der Stadt an Bedeutung verlieren und die Rhythmen ihren prägenden Charakter einbüßen, drücken sich die Verstetigung und zunehmende Beweglichkeit sehr deutlich auch in den Bereichen Verkehr und Energie aus: Je individueller sich die Fahrzeiten gestalten, desto weniger tauglich sind die Massenbeförderungsmittel des öffentlichen Nahverkehrs; es werden ggf. ganze Linien eingestellt. Dies ist nicht positiv im Sinne des Nachhaltigkeitsaspekts einzuschätzen, weil gleichzeitig im privaten Bereich, mit der Desynchronisation und der Dispersion sozialer Netzwerke die Mobilität bzw. der Verkehr zunimmt.

#### *Zeitkonflikte*

Zwischen den vier Alltagskomponenten Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit (Hausarbeit, Konsum, Erziehungs- und Pflegearbeit) bzw. Regeneration, Freizeit und Mobilität bestehen derart enge Wechselwirkungen, dass bei raumzeitlicher Veränderung auch nur einer Komponente die jeweils anderen unweigerlich in Mitleidenschaft gezogen werden. So ändern sich zugleich das Mobilitätsverhalten und die Wegezeiten, wenn z. B. eine für den Alltag der Familie relevante Buslinie eingestellt wird, eine Kindertagesstätte oder Altenpflegestelle geschlossen bzw. in ihrer raumzeitlichen Zugänglichkeit beeinträchtigt wird. Werden bestehende Raum-Zeit-Arrangements grundlegender gestört, sind „Zeitkonflikte“ die Regel.

Zeitkonflikte sind in der Hauptsache Konflikte zwischen Taktgebern und Taktnehmern, worin – unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten – mithin ein charakteristisches Ungleichgewicht eingeschrieben ist. Es gibt dominierende gesellschaftliche Instanzen, die die örtlichen Zeiten weiterhin und in großem Maßstab steuern können – und die dies unter herkömmlichen Beurteilungsmaßstäben auch dürfen. Das Handeln und Entscheiden der gesellschaftlichen Instanzen aus den Subsystemen Wirtschaft und Staat ist aber nicht so

sehr nach Diskursprinzipien und -kategorien bestimmt, sondern folgt in der Regel einer Steuerung durch die „Medien“ Geld und Macht. Mit der Rekurrerung hierauf, mit der mühsame Mechanismen der Rechtfertigung und des Diskurses „ausgespart“ werden, sind künftig mehr und offenere Zeitkonflikte vorgezeichnet.

Mit der Notwendigkeit „zivilisierenden“ Eingreifens in die Parameter der Zeitkonflikte, die von den besagten Subsystemen gesetzt werden, wird zugleich die Legitimitäts- und Machtfrage aufgeworfen. Macht- und Gegenmachtaufbietung sollten, so der Arbeitskreis, eine komplexe, vielgliedrige – aber gestaltete – Wirkungskette darstellen. Zeitkonflikte lösen sich nicht von selbst. Sie bedürfen nicht nur der Analyse im Einzelfall, sondern allgemein der Entwicklung einschlägiger Instrumente und Institutionen – vor allem methodisch gesicherte Formen der Kommunikation, mit denen ein vernünftiger Ausgleich divergierender Zeitinteressen herbeizuführen ist.

## 2.4 Zeitorganisation und Nachhaltigkeit

### *Frage der Nachhaltigkeit der neuen Raum-Zeit-Strukturen*

Aus der Sicht des Arbeitskreises hat ökologische Nachhaltigkeit in besonderem Maße mit zeitlichen Dimensionen zu tun. Die Stabilität der Prozesse, in denen sich die für den Menschen lebenswichtigen Umweltressourcen regenerieren, ist gefährdet, weil die Ressourcen über das Maß hinaus, in dem sie sich regenerieren, in Anspruch genommen werden. Die Ebene, auf der der Raubbau bisher bekämpft wird, sind die räumlich externen Kosten, die in der Belastung von Luft, Gewässern und Böden besteht. In der zeitlichen Betrachtung zeigt sich ein weiterer Anreiz, Kosten zu externalisieren: Dadurch, dass die zeitliche Entfernung zu künftigen Ereignissen diskontiert wird, nimmt auch die zeitliche „Umgebung“ Schaden. Dieser „Anreiz zur Nachlässigkeit“ betrifft sowohl die Zukunft unserer Nachbarn und Mitmenschen als auch unsere eigene Zukunft und die unserer Kinder.

Eine kontinuierlich aktive Gesellschaft, also eine „Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft“, hat einen vergrößerten Ressourcenbedarf. So geht schon mit der Ausdehnung der Betriebs- und Öffnungszeiten eine Erhöhung des Energieverbrauchs einher. Auch die Auflösung kollektiver Zeitmuster, die Individualisierung der Zeit, ist unter Nachhaltigkeitsaspekten als negativ zu beurteilen: Familien können ihre Haushaltsgeräte immer seltener zeitgleich benutzen. In der Tendenz steigen auch die Heiz- und Stromkosten. Oben wurde bereits auf weitere ökologisch wirksame Folgen der Desynchronisation der Zeithaushalte von Familien verwiesen: Je individueller sich die Fahrzeiten gestalten, desto öfter werden Linien im öffentlichen Nahverkehr eingestellt, desto mehr Zweit- und Drittwagen werden angeschafft.

Die neue städtische Zeitorganisation ist nicht nur unter ökologischen, sondern auch unter sozialen Gesichtspunkten wenig nachhaltig: Werden die konfligierenden raum-zeitlichen Ansprüche (z. B. von Beruf und Familie) nicht erfolgreich im Rahmen der individuellen Alltagsorganisation integriert, sinkt die Reproduktionsrate einer Gesellschaft (Beispiel Deutschland, Italien), sofern nicht der gesellschaftliche Solidarzusammenhang zeitliche Entlastung schafft.

### *Sollte auf Nachhaltigkeit zielende Politik primär bei der Dimension Zeit ansetzen?*

Ob eine Politik, die Nachhaltigkeit bewirken will, bei der Dimension Zeit ansetzen sollte, wird vom Arbeitskreis unterschiedlich eingeschätzt:

- Aus dem Voranstehenden geschlussfolgert, müsste eine zeitliche Betrachtung auf eine neue Definition und neue Möglichkeiten einer Operationalisierung des Begriffs der Nachhaltigkeit hinauslaufen. Nachhaltigkeit bedeutet dann u. a., dass beim Umgang mit den Reproduktions- und Regenerationsprozessen lebenswichtiger Umweltressourcen eine Diskontierungsrate von null zu gelten hat.
- Vielfach wird in einer Ökologisierung von Lebensstilen und in freiwilligen *Zeitinvestitionen* der Individuen zugunsten der Umwelt die Hauptlösung der Nachhaltigkeitsproblematik gesehen. Der Arbeitskreis sieht mit der Ökologisierung von Lebensstilen die Lösung auf eine eher private Ebene verschoben. Diese Ökologisierung ist sehr zeitaufwändig und kompliziert, also mit sehr komplexen Voraussetzungen verbunden (z. B. Bereitschaft zu selbst gewählter Entschleunigung durch Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder Fahrräder). Es ist außerdem nicht zu erwarten, dass die Mehrheit der Bevölkerung aus reinem Idealismus ökologische Lebensstile praktizieren wird, solange der Umweltverbrauch in die Preisbildung vieler Güter noch als kostenlose Größe eingeht.

Überhaupt erscheint fraglich, ob die Perspektive, *Zeit* als Handlungsressource oder Investitionsgut zugunsten der Umwelt zu betrachten, im Nachhaltigkeitszusammenhang richtig oder zweckmäßig ist. Es scheint eher kontraproduktiv zu sein, bei Fragen der Ökologisierung der Wirtschaft in modischer Weise die Zeitperspektive hinzuzuziehen. Dies kann das Erfordernis einer radikaleren ökologischen Umsteuerung der Wirtschaft relativieren. Auf ökonomische Instrumente – z. B. zur Internalisierung der Kosten des Umweltverbrauchs – kann bei der ökologischen Umsteuerung auf keinen Fall verzichtet werden.

## 2.5 Raum-Zeit-Verhältnisse

### *Entwicklung von Raum-Zeit-Strukturen und Bewertung ihrer Veränderungen*

Die politisch bewirkten Veränderungen der Raum-Zeit-Strukturen, die aktuell im großen räumlichen Maßstab, im nationalen Territorium, vor sich gehen, können durchaus kritisch gesehen werden:

- Von der beabsichtigten selektiven Förderung von Großräumen mit beschleunigten Zeitstrukturen (den deutschen „Europäischen Metropolregionen“) zu relativen Lasten der anderen, „langsameren“ Räume geht eine spezifische Raumwirksamkeit aus, die sich in einer weiteren Zunahme von Disparitäten im Raum ausprägen wird, auch in Form einer Zunahme der Unterschiede zwischen den regionalen Zeiten/Zeitstrukturen.
- Verstärkt wird dieser Trend zu disparitärer Raumentwicklung durch den Ausbau der ganz schnellen Verkehrsverbindungen (ICE-Netz und weitere Großflughäfen) zwischen den wenigen Metropolräumen (Beitrag Wegener/Spiekermann). Oberhalb

des seit zwei Jahrzehnten bestehenden Verkehrsnetzes höchster Ordnung entsteht ein zusätzliches und besonders weitmaschiges Verkehrsnetz höchster Ordnung. Große Geschwindigkeiten zulassende Verkehrsinfrastrukturen verbinden nicht Räume, sondern Punkte im Raum: Und je höher die Geschwindigkeit, desto weiter „müssen“ – unter Wirtschaftlichkeitsaspekten – die Punkte auseinander gelegt werden. Im Raum „dazwischen“, zwischen den weit voneinander entfernt gelegenen Haltepunkten, in dem die bisherigen Infrastrukturen „ausgedünnt“ werden und sich die Erreichbarkeiten verschlechtern, verbleibt eine Bevölkerung im zwangsverlangsamten Raum, deren Interessen als „Widerstand“ angesehen werden, als – aus zentraler Sicht und der des immer zitierten „Allgemeininteresses“ – „unvernünftig“.

Ganz allgemein gehen mit den Phänomenen der Beschleunigung und der Flexibilisierung von Zeiten erhebliche räumliche Auswirkungen einher, die vom Arbeitskreis als *häufig nachteilig für die privaten Haushalte* eingeschätzt werden:

- Neue Arbeitsformen und die Inanspruchnahme neuer Freiräume, die sich durch die Deregulierung zeitlicher Normen ergeben, sind kritisch zu beurteilen, weil sie räumlich ungleich anfallen – auch eine Folge u. a. unterschiedlicher Ausgangsverteilungen der Branchen- und Betriebsstrukturen. Damit sind aber auch Umverteilungen wirtschaftlicher Aktivitäten verbunden, mit denen sich infolge zeitstruktureller Veränderungen auch Wachstumszentren (und damit Lebensqualität im Bereich der Lebenswelt) neu im Raum verteilen.
- Beschleunigung und Ausdehnung der Zeiten führen in einigen Bereichen zur Begünstigung von Konzentrationstendenzen, wodurch sich Wegelängen und Einzugsbereiche verändern.
- Ausdehnung und Beschleunigung beeinträchtigen auch die Möglichkeiten funktionaler Mischung, weil die Beeinträchtigungen zunehmen (z. B. durch Zunahme des Nachtverkehrs, je höher die Geschwindigkeit, umso exklusiver muss die Raumnutzung sein). Die Begünstigung funktionaler Entmischung führt ihrerseits zu einer Ausdehnung von Räumen und einer Verlängerung von Wegen.

#### *Voraussetzungen politischer Gestaltung von Raum-Zeit-Verhältnissen*

Mit Bezug auf die Raumplanung wird vom Arbeitskreis kritisiert, dass

- der neue Konflikt zwischen räumlicher Struktur und zeitlicher Veränderung bisher nur eine untergeordnete Rolle in der Theorie und Praxis dieser Disziplin spielt;
- in den Raumwissenschaften nach wie vor statische, auf neoklassische Gleichgewichtsvorstellungen beruhende Raumkonzepte vorherrschen;
- Raumplanung bis heute nicht oder nur unzureichend gelernt hat, in Veränderungsprozessen zu denken, stattdessen sich mit der Gegenüberstellung gegenwärtiger Ist- und künftiger Sollzustände begnügt.

Was die regionale und lokale Raumplanung angeht, hat sie zwar mit dauerhaften Strukturen und deren regelmäßiger Nutzung zu tun. Dennoch ist hier ein Übergang vom Denken in Zuständen zum Denken in Prozessen erforderlich, weil es entscheidend ist, dass auch das Dauern und wesentlich Gleichbleibende als Prozess gedacht wird. Diese Sicht wäre gerade jetzt von Vorteil, in einer Situation, in der die dynamischen Kräfte der Beschleunigung, Mobilisierung und Informatisierung auf räumliche Strukturen treffen, die ausgesprochen träge und in maßgeblichen Teilen nur um den Preis ihrer Zerstörung zu verändern sind. Wie keine andere Instanz wäre die Raumplanung aufgerufen, sich dieses räumlich-zeitlichen Konflikts anzunehmen. Sie müsste dann aber – statt einen Gegensatz von Statik und Dynamik zu sehen – nur von einem Unterschied innerhalb der Dynamik ausgehen, weil in der Dynamik der Gesichtspunkt der Stabilität von Prozessen eine zentrale Rolle spielt („Ordnung durch Fluktuation“). Die Raumplanung wäre eigentlich die Instanz, die zum Überblick über und zur Verantwortlichkeit für die neuen räumlichen Entwicklungen aufgerufen wäre.

Raumplanung darf nicht bloßer Erfüllungsgehilfe wirtschaftlich dominierter Zeitimperative bleiben, sondern muss den Faktor Zeit *insgesamt* stärker berücksichtigen. Die vorauslaufende Einbeziehung von Zeitstrukturen und ihrer Eigendynamik ist ein notwendiges Planungskriterium. Raumplanung und Zeitplanung sollten sich wechselseitig ergänzen. Dabei muss Raumplanung vor allem mit Bezug auf öffentliche Güter wie Infrastruktur und Umwelt – und dies insbesondere unter Nachhaltigkeitsaspekten – Flexibilität berücksichtigen. Das bedeutet gerade auch auf städtischer Ebene Offenheit und eine möglichst lange zu gewährleistende Umkehrbarkeit in den Planungsphasen, die Einhaltung einer Nutzungsflexibilität beplanter Flächen – also eine Nutzungsmischung in zeitlicher Hinsicht.

#### *Verkennung versteckter Zeitpolitiken anderer fachpolitischer Bereiche*

Wenn die politische und planerische Verbesserung von raum-zeit-strukturellen Rahmenbedingungen des individuellen Lebens gewollt wird, müssten auch die schon länger bestehenden, sehr zeitwirksamen Politikbereiche in die Betrachtung und Politikvorbereitung einbezogen werden. Es handelt sich hierbei um eine ganze Reihe infrastrukturpolitischer Bereiche (dabei insbesondere um den verkehrspolitischen) sowie vor allem auch um die Raumplanung auf überlokalen Ebenen. Es gibt diese zeitstrukturierenden Auswirkungen dieser Politik- und Planungsbereiche, ohne dass diese Eigenschaft je eindeutig offen gelegt wird.

Infrastruktur- und Raumplanung sind in weiten Teilen integrierte Raum-Zeit-Politiken – im Sinne von stillen Ausführenden zeitstrukturbezogener Interessen von Wirtschaft und Staat. Ein relativ einfaches Beispiel aus diesem Bereich besteht in der raum-zeitlichen Strukturierung der Beziehungen zwischen

- den „zentralen Einrichtungen“ privater und öffentlicher Versorgungsbetriebe einerseits und
- den Zeitbudgets der privaten Haushalte und ihrer Angehörigen andererseits

durch das raumplanerische „Zentrale-Orte-Konzept“.

Das zentrale Bindeglied zwischen Raum und Zeit ist hier die „Erreichbarkeit“, also die Raumüberwindung *in der Zeit*. Dieser Zeitverbrauch durch Raumüberwindung wurde – durch diese spezifische „Raum“-Planung an Hand des Zentrale-Orte-Konzepts – immer wieder zu *Ungunsten der Zeitbudgets der privaten Haushalte* und in der Regel zu Gunsten der („Tragfähigkeit“ der „zentralen Einrichtungen“ von Wirtschaft und Staat an den zentralen Standorten beeinflusst (*im Sinne der Minimierung von Arbeitszeitaufwänden* bzw. der Aufwände für betriebliche „Kundenerreichbarkeit“).

Diese *Umverteilung von Zeitkosten* (und von pekuniären Kosten) von den zentralen Einrichtungen/Betrieben auf die privaten Haushalte durch „Raum“-Planung, die sich in Form *zusätzlicher Belastungen der Zeitbudgets der Haushalte* ausdrückt, wurde in mehreren Schritten vollzogen. Und stets geschah dies in Form der Vergrößerung von „Einzugsbereichen“ und damit einhergehender schrittweiser Verschlechterung durchschnittlicher Erreichbarkeit (mit der u. a. für Nachhaltigkeit relevanten „Folge“ der wachsenden Zahl von Zweit- und Drittautos pro Haushalt):

- anfangs durch die Reduzierung einer ursprünglichen Zahl von Orten mit zentralen Funktionen infolge der gesetzlichen Einführung „voll ausgestatteter Zentraler Orte“ (in verringerter Zahl und – damit – vergrößerten Radien der „Einzugsbereiche“ der zentralen Einrichtungen);
- dann beispielsweise durch die Auflösung der Stufe von zentralen Orten unterster Kategorie in bestimmten Ländern,
- schließlich – unter anderem mehr – durch großräumig-territoriale Zusammenlegungen im Rahmen der so genannten „Verwaltungs“- und „Gebietsreformen“ mit der Folge abrupt vergrößerter Radien der „Einzugsbereiche“ der Versorgungseinrichtungen und dann auch der regionalen Arbeitsmärkte.

Besonders wesentlich ist dabei also, dass als Nebenfolge immer auch die Arbeitsplatzreichbarkeit verschlechtert wurde, weil das Zentrale-Orte-Prinzip zur Lenkung der geförderten Ansiedlung von neuen Betrieben bzw. Arbeitsplätzen diente und noch dient.

Die durch solche Politik *zeitkostenmäßig Belasteten* sind sich des zusätzlichen Stresses durch die gestiegenen Zeit- und Monetärkosten in der Regel nicht bewusst und können sie auch den Verursachern nicht zuordnen. Wenn sie es könnten, wäre jegliche hypothetische Legitimität dieser Politik in Konflikten aufgelöst worden.

## 2.6 Notwendigkeit einer integrierten Raumzeitpolitik

Eine auf den Raum und dessen Gestaltung bezogene Politik hat sich längst etabliert – sie hat sich in zahlreichen Gesetzgebungswerken niedergeschlagen. Auf dem Gebiet der Zeitstrukturen im urbanen und ländlichen Raum sind hingegen in Deutschland bislang weder eine systematische Politik noch eine entsprechende Normsetzung zu verzeichnen. Unmittelbar zeitbezogene gesellschaftliche Gestaltung besteht einerseits in einer Vielzahl zeitlicher Schutzvorschriften (wie etwa dem Nachtflugverbot, dem Nachtfahrverbot für LKW, Wochenendfahrverbote und sonstige zeitliche „Lärmregelungen“), andererseits aber vornehmlich auf die Sektoren der Arbeitswelt bezogen und in Gestalt öffentlichrechtlicher Rahmenbedingungen etwa für Öffnungszeiten, die ihre Rationalität wesentlich wiederum aus der Arbeitswelt oder anderen Aspekten öffentlicher Sicherheit herleiten. Dass eine mittelbar zeitbezogene Planung gleichfalls stattfindet, wurde in Kapitel 2 am Zentrale-Orte-Konzept illustriert. Von einer der gesellschaftlichen Lebensqualität verpflichteten Zeitplanung kann dagegen keine Rede sein.

Dass dieses Ungleichgewicht von Raum- und Zeitpolitik nicht sein muss, belegen rechtliche Entwicklungen in Italien und Frankreich aus neuerer Zeit. So hat das Gesetz Nr. 53/2000 („legge Turco“) in Italien eine integrierte Regelung von sozialen Zeiten, Arbeitszeiten und städtischen Zeiten – mit Institutionen wie Zeitordnungsplänen und Zeitbüros – eingeführt. Und das französische Gesetz, das gleichfalls im Jahre 2000 die 35-Stunden-Woche landesweit einführt („loi Aubry II“), erlegte den Bürgermeistern der Gemeinden angesichts der Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeiten die Verpflichtung zur Koordinierung der städtischen Zeiten auf (Mückenberger 2001).

Im Arbeitskreis ist intensiv erörtert worden, ob eine derartige, unmittelbar auf soziale Zeitverhältnisse bezogene Politik (und ggf. eine gesetzgeberische Gestaltung) möglich, erstrebenswert und legitim erscheint. Dabei kann als sicher vorausgesetzt werden, dass eine solche Politik nicht als von der Raumordnung isolierte Zeitpolitik, sondern nur als eine integrierte Raumzeitpolitik verstanden werden kann.

Sicherlich ist „Zeit“ ein wesentlich schwerer fasslicher Gegenstand von Gestaltung als „Raum“ (Bauwerke, Architektur, Verkehrsinfrastruktur u. a.). Auch wird argumentiert, dass Zeit als politikfähiger Gegenstand überhaupt nicht existiere – dass vielmehr in diesem Sinne überhaupt nur die zahlreichen Tätigkeiten existieren, die von Menschen „in der Zeit“ verrichtet werden. Andererseits ist die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von „Zeitkonflikten“ (Eberling/Henckel 1998) zwischen sozialen Akteuren angelegt. Die Austragung von Zeitkonflikten hat – wie diejenige anderer Konflikte – nach Gesichtspunkten materialer und verfahrensmäßiger Gerechtigkeit und Angemessenheit zu erfolgen, über die sich die einzelnen Akteure nicht hinwegsetzen dürfen. Dies legt die gesellschaftliche Schlichtungs- und Interventionsform einer Zeitpolitik nahe. Die Austragung von Zeitkonflikten wird derzeit noch allein dem Spiel der Kräfte überlassen – was im Vergleich zu körperlichen Konflikten oder Konflikten um Eigentum als nicht mehr akzeptabel erscheint.

Zeitpolitik ist, soweit sie sich auf menschliches Handeln bezieht, darauf verpflichtet, Bedingungen menschlicher Freiheit zu schützen und herzustellen. Sie darf aber den Gebrauch und die Zielsetzung dieser Freiheit selbst nicht vorschreiben. Zeitpolitik, jedenfalls sofern sie von staatlicher Seite verfolgt wird, muss „universell“ sein/bleiben, sie darf nicht auf ethisch oder moralisch besondere Regeln und Kulturen übergreifen. Damit muss Zeitpolitik sich im Wesentlichen auf Regeln und Institutionen der Vereinbarung individuellen und kollektiven Zeitgebrauchs beschränken. Sie wird im Wesentlichen der Fremdbestimmung über Zeitgebrauch entgegenzutreten und Selbstbestimmungsräume über Zeit eröffnen helfen. Sie hat somit vor allem prozeduralen – nicht substanziellen – Charakter. Und sie wird – indem sie Selbstverfügungschancen über Zeit sichern soll – ganz zentral mit Beteiligungsrechten Betroffener („stakeholder“) verbunden sein.

Eine Verknüpfung bisheriger zeit- und raumpolitischer Handlungsfelder soll im Folgenden in einem ersten Entwurf versucht werden. Der Arbeitskreis hält eine integrierte Raum-Zeitpolitik für zeitgemäß, empfehlenswert und notwendig. Unterstellt man einmal die grundsätzliche Akzeptierbarkeit einer integrierten Raumzeitpolitik, so stellt sich noch immer die Frage nach ihren Legitimitätskriterien und ihren Gestaltungsmitteln (dazu bereits oben 2.). Da der Arbeitskreis hier Neuland betritt, können unsere Antworten erst sehr vorläufige sein.

Gleichwohl erfüllen die nachfolgenden Erwägungen das Vorhaben der Integration erst teilweise. Dass zeitpolitische Erwägungen mehrfach gesondert hervortreten, hat dabei zwei Gründe: So sehr erstens der Zusammenhang der Zeitpolitik mit der Raumpolitik zu vertreten ist, so wenig geht Zeitpolitik völlig in diesem Zusammenhang auf. Zahlreiche zeitpolitische Anforderungen richten sich an zivilgesellschaftliche Akteure – wenn etwa an die geschlechterdiskriminierende Komponente im Zeitumgang gedacht wird. Andere richten sich auf die Reorganisation personenbezogener Dienstleistungen und die Verwaltungsmodernisierung – etwa wenn an den Bedarf nach „bürgernahen“ Dienstleistungen gedacht wird. In beiden (wie anderen) Fällen bedarf Zeitpolitik der eigenständigen Artikulation, die der Raumpolitik nicht entgegengesetzt, jedoch von ihr relativ unabhängig ist. Zeitpolitische Erwägungen und Konzepte gelten dem Arbeitskreis zum Zweiten als eine der zentralen Innovationen seiner Arbeit. Die raumbezogene wissenschaftliche und praktische Debatte wird längst – wenngleich durchaus kontrovers – geführt; die zeitpolitische Debatte und Gestaltung hingegen ist neueren Ursprungs und bedarf noch ihrer „Etablierung“ gegenüber eingeübten Routinen und Organisationszusammenhängen<sup>1</sup>. Deshalb wird sie in diesem Band nachdrücklich – und zuweilen gesondert – unterstützt. Das ändert jedoch nichts an der Grundposition des Arbeitskreises, dass eine integrierte Raumzeitpolitik erforderlich ist.

### 3 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Bevor ausgewählte Handlungsempfehlungen an Politik und Wissenschaft formuliert werden, sollen die Ziele und normativen Grundlagen des Arbeitskreises nochmals kurz zusammenfassend dargestellt werden.

#### 3.1 Ziele

Bislang haben sich bestimmte allgemeine *Ziele* herauskristallisiert (z. B. Mückenberger 2001a), die mit Zeitpolitik verfolgt werden. Sie können durch negative wie auch positive Indikatoren eingegrenzt, nicht aber bereits klar definiert werden. Im *negativen* Sinne ist Zeitpolitik dort gefordert, wo der individuelle oder kollektive Zeitgebrauch

- nicht der Selbstbestimmung unterliegt, sondern fremdbestimmt wird (wo somit der individuelle Ergebnisnutzen von Zeit gemindert wird),
- mit einer systematischen Entwertung der Zeit einhergeht (indem etwa – wie im Falle vieler Arbeitsloser oder Älterer – vorhandene Zeitkontingente aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben ausgegrenzt werden, somit der Handlungsnutzen von Zeit beeinträchtigt ist),
- strukturell ungleich zwischen Personengruppen – insbesondere zwischen den beiden Geschlechtern – verteilt ist, also mit Diskriminierung einhergeht.

Im *positiven* Sinne kann als Ziel von Zeitpolitik formuliert werden, dass zu sichern ist, dass der individuelle und kollektive Zeitgebrauch

- die Möglichkeit zu einem selbst gewählten kulturellen Eigenwert aufweist (wie etwa Zeiten der Muße, der Kommunikation und Unterhaltung, der Andacht, des Sports, des Lernens, der Körperpflege, des Füreinander-da-Seins usw.),
- Spielräume gemeinsamer Zeiten für Tätigkeiten und Erfahrungen erlaubt, die nur oder besser gemeinsam mit anderen (Familie, Nachbarschaft, Gemeinde, Verein usw.) ausgeführt bzw. gemacht werden können.
- Zusätzlich wäre eine Aufgabe von Zeitpolitik die Schaffung und/oder Sicherung von Zeitinstitutionen, die dem Charakter des öffentlichen Gutes kollektiver Zeiten Rechnung trägt und die Sicherung einer „zeitlichen Verfassung“ der Gesellschaft, die Transaktionskosten zeitlicher Koordination auf den unterschiedlichsten Ebenen senken hilft.

Diese allgemeinen zeitpolitischen Ziele sind im Kontext einer Raumzeitpolitik natürlich mit raumbezogenen Implikationen verbunden. So setzt die Chance zu Tätigkeiten mit selbst gewähltem kulturellen Eigenwert – besonders wenn es sich um gemeinsame Tätigkeiten handelt – immer „Räume“ und „Orte“ voraus, die diesen Zeitgebrauch ermöglichen. Wohnungen, Kirchen, Sportstätten, kulturelle Bauten, Jugendzentren, öffentliche Räume stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit sozialer Zeitgestaltung. Die zunächst rein zeitpolitisch erscheinenden Ziele haben also ihre räumlichen Äquivalente – so entspricht etwa der Optionalität in der Zeit die Offenheit des Raumes, dem zeitlichen Rhythmus die räumliche Nachhaltigkeit, Wahrnehmbarkeit und Identität. Deshalb könnte Zeitpolitik niemals auf Raumpolitik verzichten. Weitergehend wird aber die Forderung erhoben, Raum- und Zeitpolitik zu „integrieren“. Das heißt, dass Raumgestaltungen nicht allein einer Raum- oder Planungslogik folgen dürfen, sondern in der Weise auf alltägliches Handeln bezogen werden, dass sie geeignet sind, selbstbestimmten individuellen und gemeinsamen Zeitgebrauch im Alltag zu erlauben, zu erleichtern und zu fördern.

<sup>1</sup> Seit einiger Zeit gibt es eine Debatte um die Notwendigkeit und die Ausgestaltung von Zeitpolitik. So hat Zöpel diesen Begriff schon 1988 in die Diskussion gebracht (Zöpel 1988). Auch das Tutzingener Projekt „Ökologie der Zeit“ setzt sich immer wieder mit der Notwendigkeit von Zeitpolitik und Überlegungen zur Ausgestaltung einer ökosozialen Zeitpolitik auseinander, die auf eine Berücksichtigung der Rhythmen und Eigenzeiten von äußerer und innerer Natur des Menschen sowie eine Entsprechung von kulturellen Zeitordnungen und Naturzeiten ausgerichtet ist (Held 1995).

Vor dem Hintergrund der formulierten unterschiedlichen Zugänge waren jedoch die prinzipiellen Forderungen Demokratieverträglichkeit, Nachhaltigkeit und „Kulturhaltigkeit“ (vgl. 1.) Konsens, wobei Nachhaltigkeit im Sinne der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit zu verstehen ist.

Man könnte und müsste diese Ausgangspunkte an beiden aufgeführten Anwendungsfeldern – der lokalen Zeitpolitik und der zeitrelevanten Raumpolitik – weiterverfolgen und vertiefen bzw. konkretisieren. In der Arbeit des Arbeitskreises fand, wie angedeutet, eine Schwerpunktsetzung auf dem ersteren Feld statt. Das zweite verdiente, noch umfassender erschlossen zu werden.

#### *Grundsätzliche Position des Arbeitskreises*

Die zeitliche Strukturierung der Gesellschaft allein dem so genannten freien Spiel der Kräfte – also einem „Zeitmarkt“ – sowie unbesehen dem (Zentral-)Staat zu überlassen, wird vom Arbeitskreis als problematisch erachtet, vor allem als nicht gerecht im Hinblick auf die Zuteilung von Lebenschancen an Individuen und Gruppen. Neue Leitbilder und Modelle – wenn auch noch auskleidungsbedürftig – sind vorhanden: „Zeitsouveränität“, „Eigenzeit“, „zeitliche Biotope“, „zeitbezogene Verteilungsgerechtigkeit“, „mehr gemeinsame Zeit“, „Entschleunigung“ oder „entschleunigte Gesellschaft“ usw.

Vom Arbeitskreis wird Zeitpolitik als politischer Ansatz zur Humanisierung von Zeitinstitutionen, Zeitstandards und Zeitverwendungsmustern der Individuen betrachtet. In vielen Bereichen scheint zwar infolge eines veränderten gesellschaftlichen Umfeldes der offensive, auf Verbesserung der Lebensverhältnisse zielende Charakter von Fachpolitik verloren gegangen zu sein – zugunsten (höchstens) eher defensiv-technokratischer Ansätze. Raumzeitpolitik als relativ junge Perspektive, so wie sie vom Arbeitskreis verstanden wird, sollte aber dabei bleiben, diese Politik als ein integratives Politikmuster zu verstehen. Ein höherer Stand in der Entwicklung dieser Politik wäre dann erreicht, wenn sich die Bemühungen bereits in institutionalisierten Verfahren niedergeschlagen haben, wie etwa in einem selbstverständlichen „Einsatz“ der von Mückenberger modellierten „Wirkungskette territorialer Exzellenz“.

#### *Balance zwischen Regulation und Selbstbestimmung und mögliche Instrumente*

Die Frage der Art integrativer Politik, die gewählt wird, um eine Verbesserung der raum-zeit-strukturellen Rahmenbedingungen des Lebens zu erreichen, hängt u. a. davon ab, auf welcher Ebene räumlich-verwaltungsmäßiger Hierarchie Einfluss genommen werden soll. Hiervon hängt auch die Art der Instrumente ab, die ins Kalkül gezogen oder verwendet werden, unabhängig von der fachpolitischen Zuordnung im Einzelnen – seien es raumpolitische, zeitpolitische oder integriert auf Raum und Zeit ausgerichtete Instrumente.

- Zeitbezogene Politik in der Form alltagsbezogener Planung und Umsetzung auf *städtischer Ebene* ist stark abhängig von Partizipation; ihr Gelingen oder Scheitern hängt davon ab. Verglichen mit jeder Form technokratischen „Zeitmanagements“ ist ein neuer Politiktyp erforderlich, ein neuer Typus lokaler Demokratie. Dieser steht zwar nicht unverbunden zu den Ebenen nationaler oder supranationaler Demokratie (siehe unten 3.2.1), verlangt aber ein neues Gewicht. Gemeint ist ein Modus dezentraler Kooperation von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik.
- Wenn politische bzw. planerische Verbesserung der raum-zeit-strukturellen Rahmenbedingungen des individuellen Lebens gewollt wird, dürfen, wie schon angesprochen, bereits länger *bestehende, sehr zeitwirksame Politikbereiche* nicht außer Acht gelassen werden. Es geht darum, ihre Zeitwirksamkeiten besser zu durchschauen und neue Handlungsstrategien zu entwickeln. Eine noch bessere Lösung wäre, ihre Instrumentarien so zu beeinflussen, dass sie im Sinne einer Verbesserung der Lebensbedingungen, im Sinne der Vergrößerung von individuellem und kollektivem Zeitwohlstand, wirken. Hierfür kämen alle möglichen infrastrukturpolitischen Bereiche (vor allem der verkehrspolitische) sowie auch die Raumplanung auf lokalen und überlokalen Ebenen sowie deren Instrumentarien in Frage. Instrumente müssten auch danach ausgewählt oder modelliert werden, ob sie *top-down* – im Sinne der Integration der Handlungs- und Politikfelder – oder *bottom-up* – im Sinne der Koordination der Akteure auf lokaler Ebene – wirken sollen.

## **3.2 Politik**

Ausgehend von den im Abschnitt 3.1 aufgestellten Zielen werden in diesem Abschnitt Hinweise auf Defizite und Potentiale politischen Handelns aus der Sicht des Arbeitskreises gegeben. Dies geschieht unter zwei analytisch getrennten, in der Praxis aber miteinander verflochtenen Gesichtspunkten. Zunächst werden *Politikfelder* identifiziert, in denen Handlungsdefizite bestehen, und es werden Ziele, auf die zukünftige Anstrengungen gerichtet sein müssten, aufgezeigt. Sodann werden die *Akteure* benannt, die an der Erreichung dieser Ziele mitwirken müssen, und die Kommunikations- und Entscheidungsprozesse, die zu ihrer Erreichung notwendig sind. Der erste Gesichtspunkt betrifft die Frage, *was* getan werden müsste, und der zweite die Frage, *wie* das geschehen sollte.

### 3.2.1 Politikfelder und Handlungsebenen

Es gibt kaum einen Bereich der Politik, der nicht Auswirkungen auf die Muster der Zeit- und Raumnutzung hat. Umgekehrt haben Veränderungen der Zeit- und Raumstrukturen Auswirkungen auf nahezu alle Politikbereiche. Maßnahmen in einem Politikfeld, etwa der Wirtschafts- oder Steuerpolitik, beeinflussen nicht nur Zeit- und Raumstruktur, sondern auch die Prämissen und Rahmenbedingungen anderer Politikfelder. Diese Wechselwirkungen können unerwünschte Nebenwirkungen sein, jedoch auch im positiven Sinn als Synergien zur Gestaltung integrierter Maßnahmenpakete genutzt werden. Das Paradigma der *horizontalen Koordination* legt es nahe, anstelle der klassischen sektoralen Politikfelder von „Problemclustern“ zu sprechen, die mehrere Politikfelder übergreifen. Diese Herangehensweise wird hier gewählt trotz der nach wie vor sektoralen Struktur der Ressorts als Adressaten von Politikempfehlungen, die im folgenden Abschnitt über die politischen Akteure deutlich werden wird.

Eine weitere notwendige Differenzierung betrifft die unterschiedlichen räumlichen Handlungsebenen. Angesichts der immer stärker (durch technischen Fortschritt in Verkehr und Telekommunikation ermöglichten) funktionalen und ökonomischen Vernetzung zwischen Ländern, Regionen und Städten nimmt das Maß der Politikverflechtung zwischen der Europäischen Union, den

Mitgliedsländern sowie Regionen und Kommunen weiter zu und damit auch die Notwendigkeit der *vertikalen Koordination* zwischen den räumlichen Handlungsebenen. Politische Maßnahmen, die auf eine Veränderung der Zeit- und Raumstrukturen ausgerichtet sind, müssen daher mehr noch als früher die gegenseitige Abhängigkeit und die unterschiedlichen Zuständigkeiten der verschiedenen räumlichen Ebenen berücksichtigen und zur Umsetzung vertikal abgestimmter Maßnahmenpakete nutzen.

Aus den genannten beiden Differenzierungsdimensionen ergibt sich eine Matrixstruktur, bei der die Zeilen die räumlichen Handlungsebene und die Spalten die Politikfelder bezeichnen. Tabelle 1 enthält ein Beispiel für eine solche Matrix.

Unbeschadet der Forderung nach größtmöglicher horizontaler und vertikaler Koordination zwischen den Feldern dieser Matrix zeigen sich in jedem Politikfeld Schwerpunkte der Verantwortlichkeit, Handlungskompetenz und Wirkungstiefe auf jeweils anderen räumlichen Ebenen. Bestimmte Ziele und Maßnahmen können heute ohne Einbeziehung der europäischen Ebene nicht mehr verwirklicht werden. Andere Maßnahmen sind auf kommunaler Ebene nicht mehr zu lösen, sondern bedürfen übergemeindlicher Kooperation oder einer starken Regionalplanung. Andere Maßnahmen können nur durch zivilgesellschaftliche Diskursprozesse auf lokaler Ebene umgesetzt werden. Diese Entwicklungen zur Europäisierung, Regionalisierung und Lokalisierung raumrelevanter Politiken und zur Ausdifferenzierung der Akteurskonstellationen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen zeigen eine zunehmende Tendenz (siehe Abschnitt 3.1.2).

Tabelle 1: Politikfelder und Handlungsebenen von Raumzeitpolitik

Politikfeld Handlungsebene	Wirt- schafts- politik	Sozial- politik	Techno- logie- politik	Raum- u. Verkehrs- politik	Umwelt- politik	Kultur- u. Wissen- schafts- politik
Europäische Union	++	+	++	+	+	+
Mitgliedsländer	++	++	++	++	++	+
Regionen	+		+	+	+	+
Gemeinden		+		+	+	+

++ primäre Kompetenz + Teilkompetenz

Eine integrierte Raumzeitpolitik läge jenseits der bestehenden und der Tabelle zugrunde liegenden Gliederung in Handlungsebenen und Politikfeldern im Sinne von Ressortzuschnitten. Raumzeitpolitik liegt quer zu diesen Gliederungsmerkmalen, ist also eine typische Querschnittsaufgabe und nicht als eigenes neues Ressort zu sehen.

#### *Handlungserfordernisse*

Im Folgenden werden auf der Grundlage der Beiträge dieses Bandes einige exemplarische Handlungsnotwendigkeiten aus der Sicht der Raumzeitpolitik aufgelistet. Dabei werden weder einzelne Handlungsebenen noch einzelne Politikfelder systematisch abgehandelt, sondern ausgewählte Problemcluster beschrieben, die sich zwischen den Handlungsebenen und Politikfeldern bewegen.

#### *Raumordnung*

Die Ziele der europäischen Raumordnungspolitik bedürfen einer grundlegenden Überprüfung. Heute stehen die Ziele der globalen Wettbewerbsfähigkeit, des Abbaus der Disparitäten zwischen den Regionen und der Nachhaltigkeit unvermittelt nebeneinander. Bei unvermeidlichen Zielkonflikten setzt sich zumeist das Wettbewerbsziel durch. Der Beitrag von Wegener und Spiekermann demonstriert dies am Beispiel der transeuropäischen Verkehrsnetze. Nach dem Vertrag von Maastricht sollen die neuen Hochgeschwindigkeitsstrecken insbesondere die peripheren Regionen besser an die zentralen Regionen anbinden und so zum Abbau der regionalen Disparitäten beitragen. In der Realität verbinden die neuen Hochgeschwindigkeitsstrecken zumeist jedoch zentrale Regionen miteinander und vergrößern so deren Erreichbarkeitsvorsprung. Notwendig wäre stattdessen eine gemeinsame europäische Verkehrspolitik, die den Schwerpunkt der europäischen Verkehrsinvestitionen auf den Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen den peripheren Regionen verlagert – nicht zusätzlich zu, sondern an Stelle von Verkehrsinvestitionen in den zentralen Regionen.

Allerdings kann es nicht das Ziel sein, alle Unterschiede in Lage und Ausstattung der Regionen in Europa zu nivellieren. Allein aus ökologischen Gründen haben die peripheren Regionen wichtige Ausgleichsfunktionen, die durch eine rücksichtslose verkehrliche und wirtschaftliche Erschließung gefährdet würden. Andererseits würde eine rein kompensatorische, allein auf die peripheren Regionen ausgerichtete Infrastrukturpolitik im Widerspruch zu den erklärten Wachstumszielen der Europäischen Union stehen. Notwendig wäre also ein komplexerer Begriff von Raumgerechtigkeit, der dem Zielkonflikt zwischen Wachstum und Umweltbelangen Rechnung trägt. Gibt es analog zur Forderung des Raumordnungsgesetzes nach räumlich gleichwertigen Lebensbedingungen eine Forderung nach zeitlich gleichwertigen Lebensbedingungen? Henckel schlägt als Minimalforderung zeitliche Chancengleichheit im Sinne von Verfügbarkeit von Zeitressourcen, Handlungsoptionen und Zeitautonomie vor.

Ob die daraus resultierende räumliche Ordnung wie im Szenario der „zwei Geschwindigkeiten“ von Stiens ein großräumiges Netz metropolitaner Korridore mit „schnellen Erwerbsökonomien“ und „langsamen“ dezentralen Räumen in den Raummaschen dazwischen oder wie im dritten Szenario der „Raumeinheitlichkeit“ verschiedener gesellschaftlicher Zeiten ein flächendeckendes kleinräumiges Netz „schneller“ und „langsamer“ Aktivitäten sein sollte, ist eine von der Raumforschung zu klärende Frage; auf jeden Fall wäre sie dem neoliberalen „Kampfkonzep“ der „europäischen Metropolregionen“ des ersten Szenarios entgegenzustellen. Hesse

bezweifelt am Beispiel der Logistik, dass die an Effizienz und Wettbewerb orientierten Marktkräfte von sich aus für raumzeitliche Verträglichkeit sorgen werden. Dies ist die Legitimation für politische Steuerung, die gesellschaftliche Ansprüche und Bedürfnisse auf die Agenda der privaten Akteure bringt. Bestimmten Arrangements wie logistische Räume und Koordinationsstrukturen bieten die Voraussetzungen für eine solche Steuerung. Ob sie ausgefüllt werden, hängt vom Zusammenspiel öffentlicher und privater Akteure ab.

#### *Verkehrsinfrastrukturpolitik*

Die großräumige Verkehrsinfrastrukturpolitik hat bisher einseitig dem Ziel der Verbesserung der Erreichbarkeitsverhältnisse und der Beschleunigung der Raumüberwindung gedient. Auch heute noch wird die Reduzierung der Reisezeiten als Folge von Infrastrukturmaßnahmen in den einschlägigen Planungs- und Bewertungsverfahren uneingeschränkt als positiver Effekt veranschlagt (vgl. etwa die Bundesverkehrswegeplanung). Demgegenüber werden mögliche kritische Wirkungen oder negative Effekte des Ausbaus dieser Infrastrukturen nicht hinreichend wahrgenommen bzw. erfasst. Die Verbesserung der Erreichbarkeit und die Einsparung von Reisezeiten gelten als positiver Wert an sich, wie Wegener und Spiekermann zeigen.

Ein ganzes System von Beschleunigungsinstitutionen und -infrastrukturen hat sich diesem Ziel verpflichtet. Die von diesen Institutionen ausgehende Raumzeitpolitik wurde nur sporadisch einer grundlegenden Kritik unterzogen, bspw. im Kontext des Fernstraßenbaus oder des Aus- und Neubaus der großen Verkehrsflughäfen. Die Raumordnung selbst hat widersprüchlich darauf reagiert: Teilweise hat sie die Politik der Beschleunigung kritisiert (etwa im Kontext von Ökologie und Nachhaltigkeit), teilweise hat sie sich das Ziel der Verbesserung der Erreichbarkeit selber zu Eigen gemacht (z. B. mit Blick auf Peripherieregionen), wie Stiens in seinem Beitrag andeutet. Damit hat sie die Spirale aus Verkehrsnachfrage, Infrastrukturangebot, Mobilitätswachstum und neuen Engpässen jedoch weiter angeheizt.

Die Diskussionen im Rahmen dieses Arbeitskreises haben gezeigt, dass eine kritische Analyse der Raumzeitverhältnisse und Raumzeitpolitiken notwendig ist. Sie sollte diese Beschleunigungsinstitutionen und -infrastrukturen auf jeden Fall berücksichtigen. Damit ist noch kein Diktum von Entschleunigung in der Infrastrukturpolitik verbunden, als dessen Risiko häufig eine Abkoppelung der betreffenden Regionen von Wettbewerb und Wohlstandsentwicklung befürchtet wird (Beitrag Stiens). Es geht zunächst einmal um die raumzeitpolitische Einordnung und Bewertung des abstrakten Ziels der Beschleunigung, eine sachgerechte Darstellung der Effekte sowie die unvoreingenommene Bewertung von Kosten und Nutzen. Auf dieser Basis könnten die Chancen und Risiken von Raumzeitpolitik besser als bisher abgeschätzt werden.

#### *Regionale Siedlungsstruktur*

Es besteht weitgehend Konsens, dass die Entwicklung der Siedlungsstruktur in Stadtregionen unbefriedigend ist. Technischer Fortschritt und wachsender Wohlstand haben die Aktionsräume (die im Rahmen verfügbarer Zeit- und Geldbudgets nutzbaren Standorte) von Haushalten und Unternehmen weit in das Umland der Städte ausgedehnt. Veränderte Haushaltstrukturen, Arbeitszeitregime und Lebensstile sowie das Bodenpreisgefälle zwischen Kernstadt und Umland haben es für viele Haushalte und Betriebe vorteilhaft gemacht, diese Aktionsräume auch zu nutzen. Die Folgen waren die massenhafte Abwanderung von Haushalten und zunehmend auch Betrieben in das immer weitere Umland und damit verbunden Flächenverbrauch, Zersiedlung und immer weitere Wege für Versorgung, Freizeit, Ausbildung und soziale Kommunikation und immer aufwändigere Synchronisation und räumliche Integration daseinsgrundfunktionaler Ansprüche.

Bisherige Politikansätze zur Beeinflussung dieser Entwicklung haben sich als weitgehend wirkungslos erwiesen. Der durch Globalisierung und neoliberale Wirtschaftskonzepte verschärfte ökonomische Wettbewerb zwischen den Gemeinden hat gemeindeübergreifende Kooperationen im Bereich der Flächennutzungs- und Verkehrsplanung in der Regel verhindert. Siedlungsstrukturelle Leitbilder wie die Innenentwicklung und Durchmischung oder dezentrale Konzentration sind Schlagworte ohne Durchsetzungskraft geblieben (und sind wie Wegener gezeigt hat, nicht unbedingt effektiv). Ansätze zur Beeinflussung der täglichen Mobilität durch Verbesserung des Angebots im öffentlichen Nahverkehr oder Verkehrsberuhigung haben angesichts des ungebrochenen Trends zur räumlichen Arbeitsteilung und Beschleunigung nur marginale Erfolge gebracht. Für eine grundsätzliche Lösung des raumzeitstrukturellen Stadt-Umland-Problems wäre eine Kombination von zum Teil einschneidenden Push- und Pull-Maßnahmen notwendig.

Da davon ausgegangen werden muss, dass auch in Zukunft wachsende Aktionsräume genutzt werden, wäre die wichtigste Maßnahme eine realistische Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kosten. Diese Internalisierung würde zu einer signifikanten Erschwerung und Verteuerung der Raumüberwindung führen. Allerdings wäre sie zugleich sehr schwierig zu vermitteln. Je nach Maß der zeitlichen Diskontierung (vgl. Beitrag Franck) würden sich vermutlich signifikante Unterschiede in den Prioritäten für die Planung ergeben. Die zweite wichtige Notwendigkeit wäre die Rückkehr zu wege- und flächensparenden Siedlungsstrukturen – angesichts der Langsamkeit der Anpassung von Raumstrukturen eine Jahrhundertaufgabe, die vermutlich ebenfalls nur durch restriktive Regulation und kaum durch marktkonforme Anreize verwirklicht werden kann. Welche konkrete räumliche Ausprägung die anzustrebende Siedlungsstruktur haben müsste, ist bis heute unbekannt; Hypothesen, dass die unter Gesichtspunkten der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit optimale Siedlungsstruktur dem Leitbild der dezentralen Konzentration folgen müsste, wäre durch mathematische Simulationsszenarien am Beispiel unterschiedlicher Stadtregionen und unter der Annahme unterschiedlicher ökonomischer und ökologischer Rahmenszenarien zu überprüfen – eine weitere, bisher nicht gelöste Aufgabe der Raumforschung. Neben diesen beiden Push-Maßnahmen zu der Lösung des raumzeitlichen Stadt-Umland-Problems bleiben die heute praktizierten Pull-Maßnahmen wie Flächenmanagement, Mobilitätsmanagement oder Erarbeitung regionaler Zentrenkonzepte weiter von Bedeutung.

Wie auch immer die Antworten auf die beiden Grundfragen zur Lösung des raumzeitlichen Stadt-Umland-Problems ausfallen, sicher ist, dass die Umsetzung der aus ihnen resultierenden Folgerungen die Problemlösungskapazität der heute praktizierten horizontalen und vertikalen Koordination überfordern würden. Die immer wieder geforderte Integration von Flächennutzungsplanung und Verkehrsplanung ist selbst innerhalb vieler Städte noch heute nicht verwirklicht. Noch weniger funktioniert aufgrund des Wettbewerbs zwischen den Gemeinden um Arbeitsplätze und Einwohner die Abstimmung der Flächennutzungs- und

Verkehrsplanung zwischen Kernstadt und Umlandgemeinden. Das neue Instrument des regionalen Flächennutzungsplans wird wahrscheinlich das Schicksal der regionalen Gebietsentwicklungspläne teilen, die die Ausweisung von Wohngebieten, Gewerbegebieten oder großflächigen Einzelhandelseinrichtungen durch ehrgeizige Umlandgemeinden zumeist nicht haben verhindern können. Die Konsequenz ist, dass das Nachdenken über eine Einschränkung der Planungshoheit der Gemeinden kein Tabu mehr sein darf. Dasselbe gilt für Gedanken über eine grundsätzliche Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes, die den finanziellen Spielraum der Gemeinden weniger von Gewerbe- und Einkommensteuer und stärker von den tatsächlich von ihnen zu tragenden Lasten abhängig macht. Die am weitestgehende vertikale Koordinierung dürfte die Internalisierung der externen Kosten des Verkehrs erfordern, da höhere Kraftstoffsteuern ohne einen europäischen Konsens nicht möglich scheinen.

#### *Stadtentwicklung*

Die zeitlichen Veränderungen – Beschleunigung, Ausdehnung und Flexibilisierung – haben Wirkungen auf die Stadt. In den Städten treten die Konflikte, die aus der Veränderung der Zeitstrukturen resultieren, die Konflikte zwischen verschiedenen Taktgebern, also Unternehmen verschiedenen Typs und unterschiedlicher Einbindung in den (internationalen) Wettbewerb, zwischen Taktgebern und Taktnehmern, also beispielsweise zwischen Unternehmen und Beschäftigten sowie zwischen verschiedenen (Gruppen von) Taktnehmern besonders deutlich hervor. Diese Konflikte manifestieren sich auch räumlich. Die Stadt wird zum Austragungsort solcher raumzeitlichen Konflikte.

Durch Ausdehnung von Zeiten in die Nacht und ins Wochenende beispielsweise treten vielschichtige Wirkungen auf. Einerseits kann die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gesteigert werden, gleichzeitig werden andererseits Arbeitszeiten zu „unsozialen Stunden“ ausgeweitet. Die Optionen in der Stadt werden erweitert, die Belebung und Vielfältigkeit des städtischen Lebens kann sich erhöhen, gleichzeitig werden Probleme der Verträglichkeit der Funktionen ausgeweitet (Beispiel Lärmemissionen). Am Beispiel der Ausdehnung lässt sich auch zeigen, dass sich Zeitveränderungen im Stadtraum nicht gleichmäßig auswirken, sondern dass sich die Stadt raumzeitlich ausdifferenziert, die Topographie der Zeit in der Stadt vielfältiger wird.

Bislang ist städtische Planung und Politik für diese Veränderungen nicht gerüstet, weil Planung vor allem anhand von statistischen und messbaren räumlichen Planungskategorien erfolgt, die aber quantitative und qualitative zeitliche Differenzierungen gleicher Raumkategorien vernachlässigen. Städtische Planung muss sich der integrierten Betrachtung räumlicher und zeitlicher Verflechtungen und Veränderungen öffnen. Kommunales Handeln wird dadurch nicht leichter, weil die Wirkungen und die normativen Vorstellungen nicht nur nicht eindeutig sind, sondern in Teilen sogar widersprüchlich. Hinzu kommt, dass eine Vielzahl von Gruppen in unterschiedlicher Weise betroffen ist, oft Gruppen, die nicht organisiert und nicht artikulationsfähig sind. Da die Konflikte hier auftreten, sind die Städte auch die geeigneten „Austragungsorte“ neuer Politikformen, wie sie Mückenberger beschreibt.

Städtische Raumzeitpolitik muss sowohl die Alltagsauglichkeit raumzeitlicher Strukturen wie die „Wirtschaftstauglichkeit“ zum Ausgangspunkt nehmen und dabei die sozialen Verteilungsmuster berücksichtigen. Sowohl Anforderungen der Wirtschaft wie der Bevölkerung an den städtischen und regionalen Raum ändern sich durch veränderte Zeiten, wie etwa die Beiträge von Hesse und Sieverts zeigen. Erste Ansätze und Beispiele für eine (räumlich orientierte) Zeitpolitik in der Kommune finden sich in Italien und Deutschland. Bislang ist der Blick teilweise noch sehr verengt, aber diese Anfänge müssen weiterverfolgt und erweitert und einer Evaluation unterzogen werden. Dazu würde auch die Weiterentwicklung des steuernden Instrumentariums gehören.

#### *Lebenswelt*

Den wohl direktesten Einfluss auf die Lebensbedingungen der Menschen hätte Raumzeitpolitik auf der Ebene des Stadtteils oder im weiteren und engeren Wohnumfeld. Folgerichtig sind auch die meisten Anregungen und Forderungen der Beiträge dieses Bandes auf die Alltags- und Lebenswelt gerichtet. Zugleich sind sie jedoch auch am wenigsten konkret und auf spezifische Politikfelder orientiert.

Henckel fordert eine bewusste Zeitverteilungspolitik zur gerechten Zuteilung von „Zeitwohlstand“ im Sinne ausreichender individueller Zeitressourcen im Rahmen stabiler sozialer Rhythmen und Zeitinstitutionen, das heißt Zeitautonomie und Vielfalt zeitlicher Arrangements anstelle zeitlicher Monostrukturen. Er weist aber auch auf die absehbaren Konflikte hin: Sollen Produktionszuwächse in höheres Einkommen oder geringere Arbeitszeit umgewandelt werden? Soll die Ausweitung der Produktion durch eine neue Produktionsstraße oder eine zusätzliche Nachtschicht realisiert werden? Rechtfertigen geringe Zeitersparnisse den Flächenverbrauch durch eine neue Autobahn? Soll man einen Feiertag zur Finanzierung der Pflegeversicherung aufgeben? Der Beitrag von Mückenberger entwickelt ein Handlungsmodell, wie solche Konflikte auf örtlicher Ebene zu thematisieren und zu schlichten sind.

Breckner und Sturm wünschen sich mehr Beachtung für Überlagerungen alter und neuer Typen hierarchischer Arbeitsteilung innerhalb und zwischen den Geschlechtern, mehr Aufmerksamkeit für Differenzierungen der Zeitstrukturen in Verbindung mit städtebaulichen und siedlungsstrukturellen Rahmenbedingungen und mehr Sensibilität für besondere Anliegen von Männern und Frauen in professionellen Prozessen der Herstellung und Gestaltung gesellschaftlicher Raumzeiten sowie für die Potentiale der männlichen und weiblichen Akteure in der Gestaltung raumzeitlicher Lebensverhältnisse. In ähnlicher Weise fordert Eberling, den Bürger als Ganzes, als Familienmitglied, Beschäftigten, Funktionsträger, Konsument usw. in all seiner soziologischen Vielfalt von Interessen und Anschauungen in den Blick zu nehmen.

Im Vergleich dazu sind die Forderungen und Anregungen von Zeiher, Sieverts und Mayr konkreter und auf ein bestimmtes Politikfeld bezogen. Zeiher plädiert für „offene“ sozialpädagogische Einrichtungen mit Aktivitätsangeboten für Kinder und „ständig zugängliche und leicht erreichbare Orte“ im Wohnumfeld. Sieverts regt an, der zunehmenden Vielfalt von individuellen Zeitarrangements durch vernetzte Stadtstrukturen, flexible Wohnungen oder Erleichterung von Umzügen Rechnung zu tragen. Er fordert gut erreichbare Standorte für öffentliche Einrichtungen und Experimente mit neuen Stadtstrukturformen, die eine Zusammenarbeit unterstützen und besonders in Stadtteilen mit einem hohen Anteil von Haushalten mit geringem Einkommen und Zuwandererhaushalten soziale Selbsthilfe, informelle Ökonomie und Stadtbau ermöglichen. Dabei sollten andersartige religiös

geprägte Vorstellungen von Raum und Zeit der Zuwanderer als Bereicherung genutzt werden. Mayr schließlich plädiert für einen Innovationsschub im spielerischen Umgang mit der Stadt als ganzheitlicher raumzeitlicher Umwelt unter Einbeziehung des Klangs.

### 3.2.2 Akteure und neue Akteurskonstellationen

Entsprechend den soeben betrachteten Politikfeldern und Handlungsebenen kann man bei der Raumzeitpolitik auch unterschiedliche Akteurskonstellationen ausfindig machen. Erneut beziehen wir uns hier auf das in diesem Politikbereich dominant gewordene Beziehungsdreieck Politik – Wirtschaft – Zivilgesellschaft. Dieses wurde in der Einleitung hinsichtlich des Standes der Diskussion entwickelt und tauchte im vorigen Abschnitt in Gestalt der lebensweltlichen Bezüge wieder auf.

Die bereits verwendete Matrix zu den Politikfeldern und Handlungsebenen kann um die Akteursdimension einer qualitativ neuen Raumzeitpolitik erweitert werden. Damit befindet man sich sogleich in einem Spannungsverhältnis – nämlich beides fragen zu müssen: wie die Akteurspotentiale derzeit verteilt sind, aber auch, welcher Neufigurierung sie bedürfen. Der Arbeitskreis unterscheidet somit zwischen Akteurskonstellationen, die (deskriptiv-analytisch) ermittelt werden können, und solchen, die aufgrund der Veränderungs- und Gestaltungsbedarfe (präskriptiv-normativ) als wünschenswert zu empfehlen sind.

Hinsichtlich des ersten Aspektes – der derzeit dominanten Akteure – liefern die Beiträge von Stiens, Hesse und Wegener Anhaltspunkte für die Annahme, dass die dominante Akteurskonstellation aus Wirtschaft und Politik – wenn auch form- und ebenenunterschiedlich – für eine raumzeitliche Politik steht, die im Wesentlichen den systemischen Interessen an Funktionalisierung lebensalltäglicher Bedingungen und an Beschleunigung dient. Die Medien der Macht und des Geldes, derer sich diese Akteure bedienen, gehen dabei eine Symbiose mit dem von Franck und Mayr kritisch analysierten linearen Zeitbegriff ein.

Bereits diese Beiträge weisen immer auch schon auf die lebensweltlichen „Kosten“ der von diesen Akteuren hervorgebrachten und in diesem Band kritisierten Raum- und Zeitpolitiken hin. Die drei genannten Beiträge bringen damit – zumindest mittelbar – die Akteure ins Spiel, die zwar an den relevanten Entscheidungsprozessen nicht beteiligt, gleichwohl von ihren negativen externen Effekten betroffen sind. Damit ist der Anschluss an den letzten Abschnitt gegeben: die lebensweltliche Dimension. Wie die zivilgesellschaftlichen „Stakeholder“ von den systemisch geleiteten Raumzeitpolitiken betroffen werden, demonstrieren explizit Breckner/Sturm und Zeiher aus der lebensweltlichen Bedingung des Geschlechter- und des Generationenzusammenhangs. Wie die Akteure aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich heraus lebensweltliche Anliegen formulieren und zur öffentlichen Sache machen, wird deutlich aus den Beobachtungen und Analysen von Sieverts, Eberling, Henckel, Stiens und Mückenberger.

Gleichzeitig wird aus diesen handlungspraktischen Überlegungen deutlich, dass der lebensweltliche Aspekt in der neuen raumzeitlichen Akteurskonstellation seinen Platz erst noch sucht. Er (oder besser: die Summe seiner großen Zahl – denn es handelt sich weder um homogene noch um aggregierte „Subjekte“) ist auf Durchsetzungskraft angewiesen, die ihm die jetzige Akteurskonstellation nicht gewährt. Dieser Einsicht folgt die Matrix (Tabelle 2).

- Einerseits werden die dominanten Akteurskonstellationen diagnostiziert: Wenn man etwa an Wirtschafts-, Technologie- und Verkehrspolitik denkt, dann dominiert durchaus auf allen Ebenen eine – wenn auch unterschiedlich gewichtete – Konstellation von Akteuren aus Wirtschaft und Politik. Diese Seite des Tableaus hat eher empirisch-deskriptiven Charakter auf der Grundlage der Analysen dieses Bandes.
- Andererseits hebt die Darstellung auf Tendenzen und Notwendigkeiten ab, lebensweltlichen Anliegen in Gestalt zivilgesellschaftlicher Akteure verstärkt Geltung zu verschaffen – sie sind jeweils durch Fettdruck hervorgehoben. Nicht zufällig setzen sie meist bei denselben Politikfeldern an, die durch die wirtschaftlich-politische Akteurskonstellation monopolisiert wurden. Ebenso wenig zufällig optieren sie für die Verstärkung zivilgesellschaftlichen Einflusses im örtlichen Nahbereich – also dort, wo „Alltag“ stattfindet. Diese Seite hat deutlich normativen Charakter und ist insoweit von den zitierten Beiträgen dieses Bandes geprägt.

Tabelle 2: Politikfelder, Handlungsebenen und Akteurskonstellationen in der Raumzeitpolitik

Politikfeld	Wirtschafts-politik	Sozial-politik	Techno-logie-politik	Raum- u. Verkehrs-politik	Umwelt-Politik	Kultur- u. Wissen-schafts-politik
Handlungsebene						
Europäische Union	W <b>P Z</b>	P Z W	W P	P <b>Z</b>	P Z W	P <b>Z</b>
Mitgliedsländer	W P	P W Z	W P	P	P Z W	P
Regionen	W <b>P Z</b>	W Z	W P	P <b>W Z</b>	P Z W	P
Gemeinden	P Z W	P Z W	W <b>P Z</b>	P <b>W Z</b>	P Z W	P <b>Z</b>

P: Politik; W: Wirtschaft; Z: Zivilgesellschaft. Die Buchstaben sind in der Reihenfolge der aktuellen Bedeutung der Bereiche eingetragen. Fettdruck bedeutet, dass diesem Bereich zukünftig eine größere Bedeutung zukommen sollte.

Das Schaubild zeigt zusammengefasst, wie in den raumzeitlich relevanten Politikbereichen auf Ebene der Mitgliedsstaaten im Wesentlichen systemische Akteure zur Geltung kommen. Insbesondere auf der regionalen und der gemeindlichen Ebene – und neuerdings der europäischen – ist ein Bedeutungszuwachs der Zivilgesellschaft entweder schon zu beobachten (etwa im Sozial- und Umweltbereich) oder er steht im Sinne politischer Vorgaben (etwa des Weißbuches Europäisches Regieren vom Juli 2001) auf der Agenda.

### 3.2.3 Prozesse

Mit den neuen Akteurskonstellationen gehen andere Problemlösungsmuster und Instrumente einher. Die hoheitliche Koordinationsform des staatlichen Befehls ist ebenso in einem relativen Rückgang begriffen wie die marktliche Koordinationsform des bi-polaren Vertrages. Zunehmend treten in der gesellschaftlichen Gestaltung Mischformen auf. Diese können mit der Verhoheitlichung des Privaten und der Privatisierung des Staatlichen („Public-Private-Partnership“) verbunden sein. Sie gehen auch oft mit vielpoligen Koordinationsnetzen einher, für die das geltende Recht noch wenig Vorkehrung trifft.

Allemaal scheint damit aber die Chance gegeben, dass mit dem Verlust überkommener Routinen auch der Gewinn an Beteiligung und Innovationskraft verbunden ist. Nicht zufällig wird derzeit versucht, neuartige Prozesse mit Konzepten wie „Bürgerkommune“, „territorialer Exzellenz“ oder „experimenteller Demokratie“ neu zu konzipieren.

### 3.3 Offene Fragen Forschungsbedarf – Empfehlungen an die Wissenschaft

Vor dem Hintergrund, dass die Notwendigkeit zu entscheiden weiterreicht als die Fähigkeit zu erkennen (Kant), sind die Handlungsempfehlungen der letzten Abschnitte formuliert. Allerdings sind wir der Überzeugung, dass eine Vielzahl offener – und im Prinzip beantwortbarer – Fragen zu formulieren ist. Die Fragen, die am Ende des mehrjährigen Diskurses des interdisziplinären Arbeitskreises als offen formuliert werden, gehören unterschiedlichen Kategorien an:

- Zum einen handelt es sich um Fragen, die aufgrund der Zusammensetzung des Arbeitskreises und der Schwerpunktsetzung bewusst nicht behandelt wurden, ohne damit jedoch ihre Bedeutung grundsätzlich in Frage zu stellen.
- Des Weiteren handelt es sich um Fragen, die aufgrund der begrenzten Ressourcen (es wurden keine eigenständigen empirischen Untersuchungen durchgeführt) oder des Mangels an verfügbarem Material nicht bearbeitet werden konnten.
- Schließlich geht es um offene Fragen, die im Zuge der Arbeiten des Arbeitskreises neu aufgeworfen wurden.

Die folgende Liste von Fragen – zu fünf übergeordneten Fragenkomplexen zusammengefasst – ist nicht abschließend und umfassend. Es scheinen uns aber zentrale und dringliche Wissenslücken benannt zu werden, von denen wir hoffen, dass wenigstens einige davon auf absehbare Zeit geschlossen werden können.

- Ein erster Fragenkomplex rückt übergreifende theoretische Perspektiven in den Mittelpunkt. Es ginge hier um eine „kritische Theorie der Zeit“, also um eine Reflexion der herrschenden ökonomisch-mathematischen Zeitrationalität in kritischer und emanzipatorischer sowie ökologischer Absicht. Darüber hinaus müssten Fragen der raumzeitlichen Diskontierung im Spannungsfeld zu Nachhaltigkeitszielen, der Substitutivität von Raum durch Zeit und umgekehrt thematisiert werden.
- Der zweite Komplex von Fragen bezieht sich auf die kulturelle Dimension raumzeitlicher Entwicklung im weitesten Sinne: Welche kulturellen Differenzen der Raum-Zeit-Nutzung bestehen auf allen Ebenen kultureller Unterschiede (Nationen, Kulturkreise, Regionen, soziale Gruppen etc.)? Dabei spielen Fragen der Angleichung raumzeitlicher Strukturen im Zuge der Globalisierung ebenso eine Rolle wie Fragen nach den kleinräumigen Unterschieden in der Stadt, aber auch Fragen nach den Differenzen zwischen sozialen Gruppen (Kinder, Alte, Männer, Frauen, Deutsche, Ausländer, dauerhafte, temporäre Bevölkerungsgruppen). Schließlich geht es darum, wie diesen Unterschieden Rechnung zu tragen ist und was sie für Raumplanung und Zeitgestaltung bedeuten.
- Fragen zum Verhältnis von Individuum und Kollektiv kennzeichnen den dritten Fragenkomplex. Im Zuge der Individualisierung wird, wie die verschiedenen Beiträge in diesem Band gezeigt haben, das Verhältnis von Individuellem und Kollektivem zunehmend problematisch. Ein zentraler Aspekt ist dabei die Rolle kollektiver Zeiten. Es ist gängige Münze, dass ein Mindestbestand an kollektiven Zeiten gewährleistet sein muss. Völlig unklar ist aber, um welchen Bestand es sich handelt, zumal interkulturelle Vergleiche zeigen, dass kollektive Zeiten sich sehr weitreichend unterscheiden können. Kollektive Zeiten bedeuten gleichzeitig bestimmte Formen der Raumnutzung (Beispiel: Sonntag, Freizeit und die Nutzung öffentlicher Räume). Aus ökonomischer Sicht und in Zielen der Stadtbelebung wird etwa eine Intensivierung von Raumnutzung gefordert, aber die Wechselwirkungen mit den Zeitstrukturen sind weitgehend offen. Daran schließt sie Frage an: Kann man im Zuge der Veränderungen der Zeiten (und veränderter Teilnehmungsformen) darauf vertrauen, dass sich hinreichende kollektive Zeiten erhalten und/oder neu herausbilden? Welche Veränderungen der Raumnutzung sind damit verbunden?
- Ein vierter Fragenkomplex bezieht sich auf das Wechselverhältnis zwischen Zeit- und Raumveränderungen – in analytisch-deskriptiver Hinsicht: Dabei geht es um die konkreten Wechselwirkungen zwischen Raum und Zeit und den jeweiligen strukturellen Veränderungen, zwischen zielgerichteten raumplanerischen und zeitsteuernden Eingriffen und den Folgen. Das führt u. a. zu der Frage, welche Rolle zeitliche und räumliche Widerstände gegenüber Veränderungen spielen, welches Beharrungsvermögen zeit-räumlicher Strukturen sich erkennen lässt und worauf es beruht. Lässt sich somit die alte Debatte um optimale Siedlungsstrukturen durch eine integrierte Raumzeitbetrachtung gewinnbringend neu aufrollen? Das heißt, lassen sich durch eine integrierte raumzeitliche Analyse Aussagen über Kosten und Erträge unterschiedlicher Siedlungsformen (monozentrisch, polyzentrisch, dispers, dezentral konzentriert) ableiten? Wie lassen sich Modellierungen in der Raumforschung systematisch auf den dynamischen Aspekt *und* auf eine integrierte Raumzeitbetrachtung erweitern? Wie lässt sich eine stärkere Berücksichtigung von Zeit und Dynamik in der Raumwissenschaft – gegenüber heute vor allem komparativ-statischen Analysen – durchsetzen? Schließlich geht es um die Analyse der raumzeitlichen Wirkungen traditioneller Politiken. Zwar ist grundsätzlich offenkundig, dass traditionelle Politiken in großem Umfang raumzeitliche Konsequenzen haben, da sie aber in der Regel nicht beachtet werden, sind auch die Zusammenhänge im Einzelnen vielfach unbekannt. Ein Beispiel dafür ist die Steuerpolitik: Entfernungspauschale und Abschreibungen bei Immobilien beeinflussen sowohl die Raumnutzung wie das zeitliche Verhalten in massiver Weise, ohne dass diese Effekte in

systematischer Weise berücksichtigt werden. Die Steuerpolitik schafft durch die Begünstigung bestimmter Mobilitäts- und Wohnformen raum-zeitliche Strukturen. Diese Wechselwirkungen finden bislang kaum Beachtung, müssten aber im Sinne einer integrierten Raum-Zeit-Analyse erfasst werden. Weitere Beispiele solcher traditioneller Politiken, die einer systematischen raumzeitlichen Analyse unterzogen werden müssten, sind etwa das Zentrale Orte Konzept, die regionale Wirtschaftsförderung, die Bundesverkehrswegeplanung. Erst eine systematische Analyse kann für die Zusammenhänge sensibilisieren und damit Reflexion und letztlich rationalen Umgang ermöglichen. Wie können unterschiedliche Entwicklungspfade (wie in den Szenarien im Beitrag Stiens angedeutet) bewertet und damit politikrelevant werden? Wie verhält es sich mit der Substitution von Raum und Zeit und umgekehrt? Welche Folgen sind mit unterschiedlichen Substitutionsstrategien verbunden? Beispielsweise sind Kapital- und Flächeneinsparungen häufig mit einer Ausdehnung von Zeiten verbunden. Welche Folgen haben raumzeitliche Mehrfachnutzungen, zeitliche Einschränkungen und raumzeitliche Dispersion?

- Im fünften Fragenkomplex schließlich geht es um die politisch-normativen und die handlungspraktischen Aspekte: Welche theoretischen und (handlungs)praktischen Implikationen erwachsen aus einer Integration räumlicher und zeitlicher Analyse und Steuerung? Einerseits ergeben sich Fragen nach Formen und Niveaus erforderlicher Regulation, vor allem das Verhältnis von materieller und prozeduraler Steuerung. Andererseits geht es um die Frage, was auf welcher Ebene reguliert werden muss oder kann. Von wesentlicher Bedeutung sind dabei auch die Grenzen der Regulierung und das Ausloten von Kosten und Nutzen unterschiedlicher Regulierungsformen. Die Steuerung bedarf der Veränderung durch eine systematische raumzeitliche Komponente. Dahinter verbergen sich allerdings umfassende Fragestellungen danach, was gesteuert werden soll und kann, wer steuert, wie gesteuert wird, mit welchen Instrumenten, in welchen politischen Prozessen, mit welcher Legitimation und mit welcher Beteiligung unterschiedlicher Akteure. Wie sind Probleme der Legitimation und Legitimität unterschiedlicher Beteiligungsformen zu lösen? Schließlich ergeben sich auf der Ebene der Handlungspraxis neue Anforderungen planerischer Kompetenzen, an Qualifikationen von Mitarbeitern, neue Berufsfelder und die Organisation von Planungsprozessen bis in den Zuschnitt von Institutionen hinein.

Der Forschungsbedarf leitet sich weitgehend aus den offenen Fragen ab. Die Fragen machen erkennbar, dass das Wissen, vor allem das empirische Wissen, gegenwärtig, abgesehen von Einzelaspekten, noch als weitgehend unzureichend zu bezeichnen ist. Daher sind aus unserer Sicht für die raumzeitliche Analyse und ihre Umsetzung in praktische Politik weitreichende theoretische und empirische Forschungsanstrengungen erforderlich.

#### 4 LITERATUR

- Baier, Lothar (1990): Volk ohne Zeit. Versuch über das eilige Vaterland, Berlin: Wagenbach.
- Boulin, Jean-Yves, und Mückenberger, Ulrich, 1999: Times of the City and Quality of Life, in: best 1/1999.
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.) (1997): Stadträume und Zeitpolitik, Bonn (Informationen zur Raumentwicklung, H. 10, 1997).
- Castells, Manuel (1996): The Information Age: Economy, Society and Culture. Vol. I: The Rise of the Network Society, Malden (Mass.), Oxford: Blackwell.
- Eberling, M.; Henckel, D. (1997): Zur räumlichen Wirkung veränderter Zeitstrukturen, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 10, S. 643–650.
- Eberling, M.; Henckel, D. (1997): Kommunale Zeitpolitik, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 10, S. 691–698.
- Eberling, Matthias, und Henckel, Dietrich (1998): Kommunale Zeitpolitik, Berlin: sigma.
- Eberling, Matthias, und Henckel, Dietrich (2002): Alles zu jeder Zeit. Die Städte auf dem Weg in die kontinuierliche Aktivität, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 36).
- Giddens, A. (1995): Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Harvey, David (1990): The Condition of Postmodernity, Cambridge, Mass. 1990: Blackwell.
- Held, Martin (1995): Rhythmen und Eigenzeiten als angemessene Zeitmaße. Perspektiven einer ökosozialen Zeitpolitik, in: Held, Martin und A. Geißler, Karlheinz (Hrsg.), Von Rhythmen und Eigenzeiten. Perspektiven einer Ökologie der Zeit, Stuttgart 1995: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, S. 169–191.
- Henckel, D. (1996): Zeitinvestitionen und räumliche Entwicklung, in: Rinderspacher, J. P. (Hrsg.): Zeit für die Umwelt: Handlungskonzepte für eine ökologische Zeitenwende, Berlin: sigma, S. 213–227.
- Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), 2000: Große Vielfalt bei ehrenamtlicher Tätigkeit und bürgerschaftlichem Engagement, ISI 24, Juli 2000, S. 6–10.
- König, Helmut, 1999: Orientierung Politikwissenschaft, Reinbek: Rowohlt.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Europäisches Regieren. Ein Weißbuch, Brüssel 2001 (KOM(2001) 428 endgültig).
- Mückenberger, Ulrich (2001) (Hrsg.): Neue Zeiten für die Stadt. Chancen kommunaler Zeitpolitik, Schriftenreihe der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Band 9, Opladen: Leske + Budrich.
- Mückenberger, Ulrich (2001a): Neue Zeiten – neue Gewerkschaften? in: Steinrück, Margareta; Spitzley, Helmut; Raasch, Sibylle; Mückenberger, Ulrich; Hildebrandt, Eckart (Hrsg.): Neue Zeiten – neue Gewerkschaften. Auf der Suche nach einer neuen Zeitpolitik, Berlin: sigma, S. 15–28.
- OECD (2000): Facts about European NGOs Active in International Development, Development Center Studies, by Adèle Woods, Paris.
- Rinderspacher, J. P. (1997): Zeitpolitik. Gegenstand, Gestaltbarkeit, Akteure, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 10, S. 677–690.
- Rinderspacher, J. P. (Hrsg.) (2002): Wege zum Zeitwohlstand, Berlin: sigma.
- Stiens, G. (1989): Die sozialpolitische Dimension der Infrastrukturplanung unter Aspekten der Zeitbindung, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 1, S. 27–37.
- Virilio, Paul (1978): Fahren, fahren, fahren ..., Berlin: merve.
- World Bank, 1999: Entering the 21<sup>st</sup> century. World Development Report 1999/2000, OUP.
- Zöpel, Christoph (1988): Die Zeit – ein politisches Feld, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte H. 1), S. 29–34.

